

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagshilflos „Volk und Welt“ mit „Bildung und Kleingarten“ sowie der „Wochenzeitung“ und „Wochenblätter“

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einzeilige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Kleinanzeigen 4.- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 15. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Vertagung der Botschafterkonferenz.

Kein Einvernehmen zwischen Frankreich und England.

Paris, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Behauptungen der französischen Presse, daß über die Räumung von Köln zwischen der englischen und der französischen Regierung bereits ein weitgehendes Einvernehmen erzielt worden sei, wird durch eine offiziöse Reuter-Mitteilung dementiert.

Keine Welt-Abüstungskonferenz.

London, 14. Mai. (WTB.) Unterhaus. Baldwin antwortete auf eine Anfrage, er glaube nicht, daß es von Nutzen sein könnte, wenn die britische Regierung die Initiative ergreifen würde, um eine Weltkonferenz zwecks allgemeiner Abüstung einzuberufen.

Äußerungen Briands.

Paris, 14. Mai. (WTB.) Außenminister Briand empfing gestern ausländische Journalisten und gab Erklärungen ab, die der Berliner Vertreter der Belgischen Telegraphen-Agentur wie folgt zusammenfaßt:

Bezüglich der an Deutschland zu übersendenden Note wegen seiner Verfehlungen am Versailler Vertrag erklärte Briand, daß die alliierten Regierungen vorerst daran gedacht hätten, in London eine Konferenz abzuhalten, aber dann schließlich den Notenaustausch auf diplomatischem Wege vorgezogen habe.

In etwa zwei Wochen

ins Auge zu fassen. Diese Note werde durch die Botschafterkonferenz festgestellt werden. Er, Briand, solle die Möglichkeit einer Reise nach England nicht ins Auge, weder in dieser Angelegenheit, noch wegen des von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspaktes.

Auf die Frage, wann die Alliierten das Ruhrgebiet und die Kölner Zone räumen könnten, erklärte Briand, daß dies sehr schwer zu sagen sei. Dies hänge besonders, ja ausschließlich von dem guten Willen Deutschlands ab, sich mit dem Versailler Vertrag in Einklang zu setzen und den Vorstellungen

der Alliierten bezüglich der Verfehlungen Genugtuung zu geben. Hinsichtlich eines

Paktes mit Deutschland

erklärte Briand, daß Frankreich einen solchen nicht zurückweise; aber es müßte die Absichten der Berliner Regierung klar erkennen. Die Frage des Paktes berühre sich mit der der Entwaffnung Deutschlands; aber die eine könnte unabhängig von der anderen gelöst werden.

Auf die Frage, ob er glaube, daß Deutschland wirklich in den Völkerbund eintreten wolle, erklärte er, daß er dies annehme. Ueber die zukünftige Gestaltung des abgeänderten Genfer Protokolls sprach sich Briand optimistisch aus.

Hierauf schnitten einige angesehene Journalisten die Frage der allgemeinen Abüstung an. Briand antwortete darauf: Frankreich, durch Erfahrungen gewöhnt, hätte einen Mangel an gesundem Menschenverstand betundet, wenn es nicht nach dem Waffenstillstand stark geübt wäre.

Frankreichs Marokkokrieg.

Argwohn der Linken.

Paris, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die von den französischen Truppen in Marokko gegen Abd el Kerim unternommene Gegenoffensive soll nach amtlichen Meldungen von vollem Erfolge gekrönt sein. Einem von General Colombat geführten Frontalangriff gegen das Bidane-Rassio soll es gelungen sein, den Gegner aus seinen verschützten Stellungen zu vertreiben und auf der ganzen Linie zum Rückzug zu zwingen.

Die französische Linke steht diesem kriegerischen Abenteuer mit wachsendem Mißtrauen gegenüber. Vielfach wird die Vermutung laut, daß die in der vergangenen Woche mit so großem Tamtum angekündigte Offensive Abd el Kerims lediglich ein Bluff gewesen sei, um die Eroberungsabsichten der französischen Generale auf die von den Spaniern angegebene Zone zu rechtfertigen.

und Inflationsgewinner, die die Deutschnationalen vor der Besteuerung schützen möchten.

Vom Steuerauschuß erwarten die Herrschaften nämlich ein anderes Ergebnis als beim Aufwertungsausschuß. Dort sind nämlich die Abgeordneten Dr. Best von den Deutschnationalen und Dr. Kof von Zentrum nicht Mitglied. Dort ist eine sichere Mehrheit für den Schutz der Großkapitalisten vorhanden.

Die guten Gründe der Linken aber prallen an dem Wunsch der Mehrheit, unangenehme Diskussionen zu vermeiden, schroff ab. Mit 155 gegen 148 Stimmen der Linken und der Bäckischen wurde die Aufhebung auf die Tagesordnung abgelehnt.

Die Hausfuchung beim „Vorwärts“.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte ist verantwortlich.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erzählt, ist die am Montag vorgenommene Durchsuchung in den Redaktionsräumen des „Vorwärts“ nicht auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft, sondern auf einen Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte hin erfolgt.

Die Angelegenheit wird dadurch nur noch standstillert

Fahrtausendfeier.

Rheinland — Reich — Europa.

G. B. Köhn, Mitte Mai.

Ein großes nationales Fest wird im Westen Deutschlands von Speyer bis Cleve, von der Saar bis zur Sieb begangen. Man feiert das tausendjährige Verbundensein des Rheinlandes mit dem Deutschen Reich, und ein Kranz von großen Kundgebungen und Ausstellungen soll das Bekenntnis zur deutschen Einheit verkünden.

Deutsche Geschichte, deutsche Wirtschaft, deutsche Kultur haben, das darf man am Rhein ohne die geringste Selbstüberhebung schreiben, vom deutschen Westen her ihren Vormarsch begonnen. Die Dome, die sich im Strom spiegeln, das Werk Goethes, das die Herkunft vom Rhein nie verläugnete, die Schlote, die den Niederrhein umrahmen — sie zeugen für das Recht des Rheinlandes, zu sagen, daß es in den großen geistigen und materiellen Dingen mehr der Gebende als der Nehmende war und noch ist.

Es ist nicht nur die geschichtliche Ueberlieferung, die uns zur Anteilnahme an dieser Tausendjahrfeier drängt. Ohne die Länder am Rhein wären Preußen und Deutschland nicht nur am äußeren Umfang kleiner. Die deutsche Wirtschaft hat hier ihre großen Kraftquellen der Roh- und Hilfsstoffe, ohne die sie nicht leben könnte.

Aber mehr noch: Die entscheidenden innen- und außenpolitischen Schicksalsfragen sind stärker als je zuvor in der deutschen Geschichte mit dem Rheinland und seiner Zukunft verbunden. Die deutsche Demokratie würde nicht mehr sein, wenn sie nicht vom deutschen Westen her immer wieder den kraftvollsten und lebendigsten Zufluß erhalte.

Das enge Verbundenheit des gesamten Deutschlands mit dem Rheinland tritt jedoch noch stärker bei den entscheidenden Fragen der Außenpolitik hervor. Friedrich Ebert hat im Mai 1924 in Köln anlässlich seiner einzigen Anwesenheit im besetzten Gebiet den Satz geprägt: „Rheinisches Schicksal ist deutsches Schicksal.“ Das hat der Ruhrkampf bewiesen. Die Abwehr des Separatismus, von dem nur noch bedeutungslose Spuren übriggeblieben sind, rettete kraft des Willens der gesamten rheinischen Bevölkerung die Einheit der deutschen Republik. Die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland, wofür die Trennung von Preußen nur ein Vorzeichen gewesen wäre, hätte wie ein schrilles Signal zur allgemeinen staatspolitischen Auflösung in den kritischen Herbsttagen des Jahres 1923 gewirkt.

Das Problem der „Sicherheit“ für Frankreich, eng verbunden mit den imperialistischen Zielen mächtiger Kräfte, bewegt sich um die Zukunft des Rheinlandes. Das deutsche Garantieangebot ist ein Versuch, Frankreichs Starr auf den Rhein gerichteten Blick abzuwenden und mit dem Rheinland ganz Deutschland von einem unerträglichen Druck zu befreien.

Im siebenten Jahre trägt der weitaus größte Teil des Rheinlandes die Bürde fremder Besatzung. Nun feiert es sein großes Fest, verbunden mit Ausstellungen in Köln, Aachen, Düsseldorf, Koblenz, Trier, Mainz. Eine umfassende Schau tausendjähriger rheinischer Kultur und Kunst, rheinisch-deutscher Wirtschaft und sozialen und politischen Verdens soll Hunderttausenden diesseits und jenseits des Rheins nahegebracht werden. Die Härte der jüngsten Zeit hat der Romantik, die das Rheinland im Bewußtsein aller Deutschen umschwebte, jenen milden Schimmer genommen, wie er in den alten Rheinliedern beseligt lebt. Die Sorge und Erfindung des ganzen deutschen Volkes sind heute um die Ufer des Stromes vereinigt. Darum ist die Teilnahme an dieser Jahrtausendfeier ein symbolischer Akt nationalen Bewußtseins. Die deutsche Republik und ihre Anhänger dürfen es nicht vernachlässigen, wenn sie ihrem staatlichen Einheitsideal nicht starke Lebenskräfte entziehen wollen.

Vor tausend Jahren brach das Weltreich Karls des Großen zusammen. Es fiel in zwei Hälften auseinander, das Westreich, das heutige Frankreich, und in das Ostreich, das spätere Deutsche Reich. Die geschichtliche Parallele zwischen damals und heute liegt nur allzu nahe. Trotz langer, blutiger Kriege und diplomatischer Ränke ist das einstmalige geknüpfte Band nicht wieder zerrissen worden. Freilich geht für das arbeitende Volk, das sich zum Frieden und zur Demokratie bekennet, der Sinn dieser Jahrtausendfeier weit über das historische Datum und seine politischen Folgen hinaus. Hinter nationaler Willensfundgebung, Schaulust und Gepränge bleibt uns das letzte Ziel, über den Rhein die Brücke der Völkerverständigung zu schlagen, mit der Ordnung des verbundenen Europa.

Diplomaten beim Reichspräsidenten.

Empfang der fremden Missionschefs.

Der Reichspräsident hat gestern mittig die Glückwünsche der hier beglaubigten fremden Missionschefs entgegengenommen. Hierbei hielt der Vizepräsident des diplomatischen Korps, der österreichische Nuntius Pacelli, in französischer Sprache eine Ansprache, die in Uebersetzung wie folgt lautet:

„Herr Reichspräsident! Das diplomatische Korps ist hoch erfreut, heute sich um Ihre Person vereinen zu können, um dem neuen Reichspräsidenten seine aufrichtigen und ehrerbietigen Glückwünsche darzubringen.“

Wir hegen den Wunsch, daß unter Ihrer weisen Führung die deutsche Nation im Innern nicht allein ihre materielle Wohlfahrt, ihre Arbeits- und Produktionsfähigkeit, sondern auch die Güter höherer Ordnung zur Blüte bringen möge, welche die sicherste Gewähr für Zivilisation und Fortschritt der menschlichen Gesellschaft bieten. Wir wünschen, daß unter Ihrer höchsten Leitung der Deutsche Staat nach außen hin seine großen Erfolg brachte ihm 1880 die Pariser Weltausstellung; dort hing ein Bildnis seiner Gattin, das als Porträt ebenso meisterlich ist wie alle diejenigen, die Kalckreuth später in reifen Jahren von den Mitgliedern seiner Familie gemalt hat. Mit den Bildnissen, von denen Kalckreuth vorzüglich, wie das des Philosophen Eduard Zeller, auch riebte, verbindet eine Genieung jene sozial-litisch gefärbten Gemälde aus dem Landleben, auf denen früher Kalckreuths Ruf beruhte. Jeder kennt die über den Kinderwagen gebückte alte Frau, die er als „Das Alter“ gemalt hat, seinen Leinwand, die große schwangere Schnittlerin, die müde durch das reife Korn stapft. Seine Kraft zur reinen Landschaft hat Kalckreuth oft gezeigt, wenn er den Hamburger Hafen im Gewitter malte oder jenes stille Bild mit der Allee des Schlosses Klein-Dels, das den Meister in der Berliner Nationalgalerie vertritt. Die deutschen Künstler haben Kalckreuth das Eintreten für ihre gemeinsame Sache zu danken: bei der Begründung des Deutschen Künstlerbundes wurde er sein Vize, und er hat das Beste deutscher Kunst in den Ausstellungen des Bundes zu vereinen gewußt. Gelehrt hat er als Professor in Weimar, dann in Karlsruhe, schließlich war er 7 Jahre lang Direktor der Akademie in Stuttgart. In der Nähe seiner ländlichen Bestimmung schaffte er weiter, und hoffentlich haben die deutschen Kunstfreunde einmal Gelegenheit sein Werk in einer größeren Ausstellung vereinigt zu sehen. Er verdient es.

häftnis des berücksichtigten Mehrbetragswertes zum gegenwärtigen Grundstückswert herabgesetzte Goldmarkbetrag der ersten Hypothek deren Aufwertungsbetrag übersteigt, ist dem Eigentümer eine Eigentümergrundschuld vorzuehalten. Der Rang der neu eingetragenen Reichsmarkhypotheken, Feingold-, Roggenrenten- und anderen wertbeständigen Hypotheken bleibt gewahrt.

3. Bezüglich der Verzinsung verbleibt es bei der Regierungsanfrage.

4. Der Rückwirkungssterm wird bis zum 15. Juni 1922 zurückverlegt. Dabei ist die Härteklause zweckentsprechend zu erweitern. Bei der Rückwirkung findet die Aufwertung nicht nur zur Hälfte, sondern in voller Höhe des Aufwertungsbetrages statt.

5. Der Aufwertungsbeitrag der Industrieobligationen wird für Altbesitzer, d. h. für Personen, die bereits am 1. Juli 1920 Inhaber der Obligationen waren, um 10 Proz. auf 25 Proz. erhöht. Die Erhöhung des Aufwertungsbetrages um 10 Proz. wird in der Form von Genusscheinen gewährt, die folgende Rechte haben: Nachdem vom Reingewinn zunächst ein Betrag von 6 Proz. an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet ist, wird der diesen Betrag übersteigende Reingewinn in folgender Weise verteilt: Bei jedem Prozent Ueberdividende auf die Aktien müssen 2 Proz. auf die Genusscheine vermandt werden bis zu einem Höchstbetrage von 6 Proz. des Betrages, auf den die Genusscheine lauten. Von den auf die Genusscheine entfallenden Beträgen werden Ausschüttungen auf die Genusscheine in Höhe der alten Zinssätze der Obligationen gemacht. Der verbleibende Rest wird zu Auslosungen zu Pari vermandt, die mindestens jedes zweite Jahr erfolgen müssen. Die erhöhte Aufwertung kommt auch den Altbesitzern zugute, deren Obligationen nach dem 14. Februar 1924 eingelöst worden sind. Im übrigen findet eine Rückwirkung bei der Aufwertung von Industrieobligationen nicht statt.

6. Entsprechend der Höheraufwertung der Hypotheken auf 25 Proz. erhöht sich auch das im § 12 Abs. 1 des Entwurfs vorgesehene Maß für die Aufwertung anderer Vermögensanlagen auf 25 Proz.

7. Die Anleihen des Reiches werden durch eine neue Anleihe zum Satz von 5 Proz. abgelöst. Der Teil der Ablösungsanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes ausgegeben ist, wird durch Auslosung zum doppelten Nennbetrages (an Stelle des einfachen) zusätzlich 5 Proz. des Auslosungsbetrages für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslosung getilgt. Diese Tilgung soll innerhalb 30 Jahren (statt 40 Jahren) durchgeführt werden, sofern das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen über die Steuerreform den Finanzausgleich und den Reichshaushalt dies nicht unmöglich macht. Die in der Regierungsanfrage vorgesehene Anleiherente fällt fort. Die Borgungszente für die bedürftigen Anleihebesitzer bleibt bestehen.

8. Die Markanleihen der Länder werden in der gleichen Weise behandelt wie die Anleihen des Reiches.

9. Die Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden durch neue Anleihen zum Satz von 5 Proz. abgelöst. Der Teil der Ablösungsanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes ausgegeben ist, wird durch Auslosung zum doppelten Nennbetrages (an Stelle des einfachen) zusätzlich 5 Proz. des Auslosungsbetrages für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslosung getilgt. Die Tilgungsdauer beträgt nach näherer Festlegung der Obersten Landesbehörde 20 bis 30 Jahre. Die Gemeindeaufsichtsbehörde kann einen Teil der zur Wahrnehmung der Interessen der Anleihegläubiger bestellten.

Auf Antrag der Gemeinde oder eines Anleihegläubigers oder des Treuhänders ist der feste Rückzahlungsbetrag bis auf 25 Proz. des Nennbetrages der abzulösenden Markanleihen zu erhöhen, sofern dies dem Anleihegläubiger nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugunsten werden kann. Die Entscheidung über den Antrag erfolgt durch die von der Obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle. Gegen deren Entscheidung ist die Beschwerde an eine von der Obersten Landesbehörde zu bestimmende Beschwerdebehörde innerhalb einer Frist von einem Monat zulässig. Ueber die Unterzeichnung zwischen Gemeindeanleihen alten und neuen Bestandes Bestimmungen zu treffen, bleibt den Ländern vorbehalten.

Beziehungen zu den anderen Völkern besessigen möge zum Triumph der großen Sache der Weltbefriedung. Dann wird der glühende Wunsch aller abemütigen Herzen erfüllt werden, die inmitten der Schwierigkeiten der Gegenwart danach streben, unter den Menschen den geistigen Frieden in der Einheit der Wahrheit, den internationalen und sozialen Frieden durch das Bollen der Liebe und der Gerechtigkeit begründet zu sehen. In diesem Sinne ist es dem, der es sich zur Ehre und Freude rechnet, heute das Wort an Sie zu richten, gestützt, die göttlichen Segnungen auf Sie, Herr Reichspräsident, und die deutsche Nation herabzusenden.“

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten:

Herr Nuntius! Die Worte, die Euer Exzellenz im Namen des diplomatischen Korps an mich als den vom Deutschen Volke erwählten Reichspräsidenten zu richten die Güte hatten, erwidere ich mit Empfindungen aufrichtigen Dankes. Es ist mir eine besondere Freude, die Glückwünsche zu vernehmen, denen das diplomatische Korps in so ehrenvoller und sympathischer Weise heute für meine Amtstätigkeit und für die Wohlfahrt des Deutschen Reiches durch Ihren beredeten Mund Ausdruck verleiht. Seien Sie versichert, Herr Nuntius, daß ich die von Ihnen ausgesprochenen Gedanken der Entwicklung aller Elemente des menschlichen Fortschritts in vollem Maße würdige. Wer an die Spitze eines großen Volkes berufen ist, kann keinen höheren Wunsch kennen, als den, sein Volk in Frieden und Gleichberechtigung an den Aufgaben der Welt mitwirken zu sehen. Mit Eurer Exzellenz verkenne ich nicht die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Wege verfinden, aber ich lebe der Hoffnung, daß sie nicht unüberwindlich sein werden. Was an mir liegt, auf diesem hohen Blase zur Lösung der unserer Zeit gestellten Aufgaben beizutragen, das soll mit Kraft und Gewissenhaftigkeit, mit voller Hingabe geschehen. Wenn alle Völker gleichen Willens sind, wird auch Gottes Segen, den Sie, Herr Nuntius, für uns anrufen, der Welt nicht fehlen.“

Bei dem Empfang waren der Reichszugler Dr. Luther, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann sowie die Staatssekretäre von Schubert und Dr. Reikner zugegen.

Gegenbesuch beim Reichstagspräsidenten.

Der Gegenbesuch des neuen Reichspräsidenten beim Reichstagspräsidenten Löbe fand am Donnerstag nachmittag im Beisein des ganzen Reichstagsvorsitzandes statt. Offizielle Reden wurden nicht gehalten. Genosse Löbe fragte im Verlaufe der Unterhaltung nach dem Schicksal der geplanten Amnestie. Die Antwort war, daß noch mit den Ländern und den einzelnen Reichsorten Verhandlungen schweben. Er brachte dann die Sprache auf die gegenwärtig stattfindende Heimarbeitsausstellung und die Gläubigerfrage, die man dabei studieren könne. Reichspräsident v. Hindenburg erklärte, daß er schon von anderer Seite, nämlich von Frau Behm, auf diese Ausstellung aufmerksam gemacht worden sei. Am Vormittag des gleichen Tages war nämlich der Reichstag zu einem Besuch dieser Ausstellung eingeladen worden. Es hatten sich aber merkwürdigerweise nur Abgeordnete der Linken und des Zentrums dazu eingefunden. Gerade die Arbeitgeber der Reichsparteien glänzten durch Abwesenheit.

Gegenbesuch beim Reichsrat.

Gestern um 5 Uhr erwiderte der Reichspräsident den Besuch der Vertretung des Reichsrats im Hause des preussischen Staatsministeriums, wo ihn der preussische Ministerpräsident Braun mit Staatssekretär Weismann, die Gesandten und die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat empfingen.

Der Reichspräsident empfing ferner die Staatssekretäre des Reichs.

Ein Aufwertungskompromiß.

Dr. Best aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden

Die hinter der Reichsregierung stehenden Reichstagsfraktionen haben untereinander und mit der Reichsregierung für die Beratung der Aufwertungsgeetze die folgenden Richtlinien vereinbart:

1. Der Aufwertungsbeitrag (§ 2 des Aufwertungsgezetzwurfs) wird für alle Hypotheken und andere dingliche Rechte auf 25 Proz. erhöht.
2. Der Aufwertungsbeitrag von 25 Proz. ist ohne Unterscheidung zwischen Aufwertung und Zuzugaufwertung einheitlich an der alten Rangstelle des alten Rechts einzutragen. Soweit der nach dem Ver-

Schriftstellerelend in Rußland.

In manchen westeuropäischen Kreisen hat sich dank einer raffinierten Agitation kommunistischer Elemente, die vor den größten Täuschungsmonstern nicht zurückschrecken, die Ansicht eingebürgert, daß es den Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten in Sowjetrußland glänzend gehe, da die Sowjetregierung ihnen die weitestgehende Förderung und Fürsorge angedeihen lasse. Wie es sich auf diesem Gebiete in Wirklichkeit verhält, geht aus einem umfangreichen Bericht hervor, den der berühmte russische Schriftsteller B. Wereschtschagin in der Moskauer „Pravda“ vom 28. April veröffentlicht.

Wereschtschagin schildert hauptsächlich die Kollage der Schriftsteller, er weist aber ausdrücklich darauf hin, daß dieselbe Kollage auch unter den Künstlern und anderen Angehörigen der freien Berufe herrscht. Obwohl die schriftstellerische und künstlerische Arbeit offiziell als nützlich und notwendig anerkannt wird, werden doch die Schriftsteller und Künstler finanziell weit stärker belastet als alle anderen beruflichen Kategorien. „Es dürfte“, schreibt Wereschtschagin, „nur wenigen bekannt sein, daß ein Schriftsteller, der bei uns seinen Beruf ausüben will, sich ein „Patent“ beschaffen muß, das ihm das Recht zur schriftstellerischen Arbeit verleiht. Jedes Halbjahr muß er für dieses Patent 32 Rubel (= 65 Mk.) zahlen. Ich glaube, es ist dies ein unerhörter Fall in der Weltliteratur: der Schriftsteller sitzt an seinem Schreibtisch und vor ihm an der Wand hängt ein Patent, das das Recht des Schriftstellers bezeugt, sich bis zum 1. Oktober des laufenden Jahres mit Schriftstellerei zu befassen. Vor etwa zwei Jahren spielte sich folgender Fall ab. Eine der Moskauer Finanzabteilungen hatte unter Nr. 764 folgendes Dokument ausgefertigt:

3. Kategorie.

Patent für persönliche berufliche Beschäftigung in Ortschaften des hauptsächlichsten Umkreises für die Dauer von sechs Monaten.

Gewerbesteuer	210 Rubel.
Derliche Steuer	210 Rubel.
Ranzleibgebühren	4 Rubel.

Zusammen 424 Rubel.

Ausgestellt für J. A. B.

Bezeichnung des Gewerbes: Schriftsteller.

Vom 1. April bis 1. Oktober 1923.

Der Empfänger dieses Schriftstückes, ein bekannter Schriftsteller und Uebersetzer des ukrainischen Dichters Schewtschenko, reichte darauf hin an das Finanzamt eine Erklärung ein, daß er vierzig Jahre den ehrenvollen Titel eines russischen Schriftstellers trage, aber jetzt nicht mehr dazu imstande sei; er lege deshalb diesen Titel nieder und verpflichte sich, von nun ab nichts mehr zu schreiben. Diese Erklärung übergab er im Finanzamt persönlich einem alten Mann. Dieser las die Erklärung aufmerksam durch und fragte: „Was was wird nun sein? Ich glaube, Sie haben jetzt nicht mehr das Recht, in der Schreibwarenhandlung Papier und Tinte zu kaufen.“

„Wenn ich kein Recht dazu habe, werde ich nicht kaufen.“

„Ja, aber ich glaube, wenn Sie zu Hause schreiben werden, für sich selbst, wer kann Ihnen das verbieten?“

„Ich glaube daselbst.“

„Ja, ich glaube, so ist es . . .“

Der alte schwieg ein wenig, beugte sich dann zum Dichter herab und sagte im Flüsterwort:

„Also gut. Kaufen Sie sich Papier und Tinte — und sichern Sie diese ganze Schweinerei.“

Zu dieser Darstellung, die, wie bereits erwähnt, im kommunistischen Zentralorgan „Pravda“ veröffentlicht ist, kann noch folgende von Wereschtschagin mitgeteilte Tatsache hinzugefügt werden: Vor kurzem nahm die Petersburger Abteilung des Schriftstellerverbandes eine Unteruchung der materiellen Lage ihrer Mitglieder vor. Es stellte sich heraus, daß die Mehrzahl von ihnen in bitterer Not lebt und daß bei vielen von ihnen ein solches Elend herrsche, daß sie monatlich nicht ihre Wünsche wechseln können und halbverhungert sind. Trotzdem werden sie von den Finanzbehörden mit den hohen Steuern belastet, die für die Angehörigen der freien Berufe festgesetzt sind.

Unser neuer Roman. Der dänische Schriftsteller Spend Fleuron hat sich durch eine Reihe von seltsamen Tierbüchern in kurzer Zeit einen Weltruf erworben. „Strig“, „Die rote Koppel“, „Die Kuh ergozgen wurde“, „Feldbürger Lampe“, „Schnepp Fideles Wadzahn“ lauten die Titel seiner Romane, deren Helden ein Uhu, eine Fuchsfamilie, ein Damhirsch, ein Hase, ein Dackel sind. Diesen reiht sich als einer der schönsten der heftromane „Schnod“ an, mit dessen Veröffentlichung wir heute beginnen. Was ihn wie die andern Werke Fleurons auszeichnet, ist die einzigartige Fähigkeit des Autors, sich ohne alle menschliche Ueberhebung und Begünstigung vollständig in die Seele und das Dasein der Tiere einzulassen. Es wird hier nichts beschönigt und nichts fiktifiziert. Der Leser findet Eingang in eine Welt, die in Wahrheit „jenseits von gut und böse“ liegt, die ihm anfangs fremd erscheinen muß, in der er sich aber sehr rasch heimlich fühlt. Mit einer Anteilnahme, als handle es sich um die Entwicklung eines interessanten menschlichen Charakters, verfolgt er die Lebensgeschichte, die spannenden Abenteuer, die Kämpfe, Siege, Niederlagen und das unruhige Ende der großen Waisentochterin Schnod, und er erhält zugleich interessante und wertvolle Einblicke in das vielgestaltige Leben und Treiben jener Wesen, deren Dasein in sumptigen Wasserläufen und stillen Teichen sich abspielt.

Leopold Graf von Kalckreuth kann heute auf seiner Bestimmung in Eddelsen bei Hittfeld, in der Nähe Hamburgs, sein 70. Lebensjahr vollenden. Der Präsident des Deutschen Künstlerbundes stammt aus Düsseldorf, sein Vater Stanislaus hat den Posten des Akademiedirektors in Weimar bekleidet und die einst berühmten herrlichen Landschaften gemalt, und auch in der Familie seiner Mutter, einer geborenen Cauer, war das Künstlerblut erblüht. Leopold Kalckreuth war Schüler seines Vaters, er ging dann zu Benziger nach München und nach Holland auf Studienreisen. Sein entscheidendes Vorbild wurde Millet's sozial gefärbte Realistik, wurden aber auch die Holländer, die Landschaftler, die Porträtisten. Seinen ersten

großen Erfolg brachte ihm 1880 die Pariser Weltausstellung; dort hing ein Bildnis seiner Gattin, das als Porträt ebenso meisterlich ist wie alle diejenigen, die Kalckreuth später in reifen Jahren von den Mitgliedern seiner Familie gemalt hat. Mit den Bildnissen, von denen Kalckreuth vorzüglich, wie das des Philosophen Eduard Zeller, auch riebte, verbindet eine Genieung jene sozial-litisch gefärbten Gemälde aus dem Landleben, auf denen früher Kalckreuths Ruf beruhte. Jeder kennt die über den Kinderwagen gebückte alte Frau, die er als „Das Alter“ gemalt hat, seinen Leinwand, die große schwangere Schnittlerin, die müde durch das reife Korn stapft. Seine Kraft zur reinen Landschaft hat Kalckreuth oft gezeigt, wenn er den Hamburger Hafen im Gewitter malte oder jenes stille Bild mit der Allee des Schlosses Klein-Dels, das den Meister in der Berliner Nationalgalerie vertritt. Die deutschen Künstler haben Kalckreuth das Eintreten für ihre gemeinsame Sache zu danken: bei der Begründung des Deutschen Künstlerbundes wurde er sein Vize, und er hat das Beste deutscher Kunst in den Ausstellungen des Bundes zu vereinen gewußt. Gelehrt hat er als Professor in Weimar, dann in Karlsruhe, schließlich war er 7 Jahre lang Direktor der Akademie in Stuttgart. In der Nähe seiner ländlichen Bestimmung schaffte er weiter, und hoffentlich haben die deutschen Kunstfreunde einmal Gelegenheit sein Werk in einer größeren Ausstellung vereinigt zu sehen. Er verdient es.

Der „Bühnenwollfband“, die bekannte reaktionäre Gegenaktion gegen die freie Volksbühnenbewegung, hat in den letzten Tagen massenhaft einen Verbaufbruch mit der Unterschrift „von Hindenburg“ verbreitet. Dazu wird von amtlicher Stelle unauffordernd erklärt, daß Hindenburg diese Unterschrift gegeben hat, als er sicherlich nicht entfernt daran dachte, jemals Reichspräsident zu werden.

Vergleich im zweiten Reigenprozeß. Die Beleidigungsklage Etadel und Gertrud Eschold gegen Dr. Stapel, den Herausgeber des „Deutschen Volkstums“, wurde im Amtsgericht Berlin-Mitte durch Vergleich beendet. Dr. Stapel halte, wie wir neulich mitteilten, in seiner Zeitschrift die Reigenaufführung, Rachtänze und ähnliche Vorgänge des Bühnenwesens kritisch behandelt. Der Kernpunkt war die Behauptung, daß die Berliner Künstler und Theaterdirektoren die Kunst zum Vorwand nahmen, um sich mit der Rachtzeit und Unästhetik die Taschen zu füllen. Seine Behauptungen fanden in äußerst scharfen Ausdrücken wie „Zumpenpad“ usw. ihre Zuspitzung. Hierdurch fühlten sich die Privatkläger zur Klage veranlaßt. Etadel hat nun im Vergleichwege die in seinen Auffügen enthaltenen persönlichen Beleidigungen zurückgenommen.

Deutsches Theater. Die für heute angekündigte Aufführung von „A. No. 2“ ist auf den 18. A. M. verschoben.

Für die Berliner Bühnengesellschaften findet am 18. A. M. nach 3 Uhr, im Theater in der Königsgräber Straße eine Aufführung von „Königslin“ in der Vorstandersitzung statt. Karten sind im Hause der Bühnengesellschaft, Reifstr. 11, erhältlich.

Die Aufführungen der Jarchischmusik sollen unter Leitung von Alexander Zaglo-Pfänden auf dem deutschen Kontinentalfest in Kiel Mitte Juni stattfinden. Es werden 11 Kapellmeister (jedes Orchester auf eine Luftpforte eingestellt), eine Sonate für Klarinette und Klarinet und eine Ballade für Klarinette und Klarinet aufgeführt.

Das Kompromiß wird bei den Inflationsoffern keinen Jubel hervorrufen. Im Gegenteil wird es Anlaß zu neuen Auseinandersetzungen geben, die durch ein politisches Moment verschärft werden. Der Abg. Dr. Best ist aus der deutschen Reichstagsfraktion nach heftiger Auseinandersetzung ausgestiegen. Man sagt, daß er diesen Schritt nicht aus eigenem Entschluß herbeigeführt hat. Dr. Best wird als Gast der völkischen Vereinigung beitreten.

Das Pogromlied erlaubt!

Oberverwaltungsgericht gegen Regierung.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts unter Vorsitz des Präsidenten dieses Gerichtshofes, Minister a. D. Drews, hat sich am Donnerstag mit dem Streit um das Borkumlied, und zwar mit einer Klage der Landgemeinde Borkum gegen den Oberpräsidenten von Hannover zu beschäftigen, die die Aufhebung der Verfügung über die Verhinderung der Spiele des sogenannten Borkumliedes verlangt. Wie der Berichterstatter des Senats darlegt, handelt es sich bei dieser Angelegenheit um einen Streit zwischen der Gemeinde bzw. der Badedirektion Borkum und den preussischen Behörden, der bis auf das Jahr 1919 zurückgeht und sich um den letzten Vers der sogenannten Borkumhymne dreht. Dieses Lied besingt nach der Melodie „Wir halten fest und treu zusammen“ die Schönheiten des Nordseebades Borkum in einer Reihe von Versen, deren letzter den die Ursachen des Streites bildenden Refrain aufweist:

„Doch wer dir naht mit platten Füßen,
mit krummer Naß und Haaren kraus,
soll deinen Strand niemals genessen,
er muß hinaus, er muß hinaus!“

Dieses Lied wird angeblich seit 40 Jahren von den Borkumer Badegästen gesungen. Nach dem Kriege verlangte man, daß die Kurkapelle es regelmäßig nach ihren Konzerten in der Wandelhalle am Strand spielen sollte, was die Musik zunächst ablehnte, worauf die Badegäste diese Forderung durch einen Demonstrationszug zur Gemeindevertretung durchsetzten. Seit 1919 spielt nun die Kapelle regelmäßig dieses Lied, was von den Gästen mitgefungen wird. In diesem Zustand änderten auch nicht die Vorstellungen von Kreisen, die an diesem Lied Anstoß nahmen. Auf mehrfache Vorstellungen beim Oberpräsidenten von Hannover, die zu Anmerkungen an den Regierungspräsidenten von Aurich führten, erfolgte zunächst nichts, da nach Ansicht der Provinzialbehörden keine Handhabe zum Eingreifen bestand. Erst als der Oberpräsident mitteilen ließ, daß der Minister des Innern ein entschiedenes Austritten gegenüber dem verheerenden Treiben in den Nordseebädern verlangt habe, forderte der Regierungspräsident durch den Landrat von Emden die Gemeindevertretung auf, das Spiel dieses Liedes einzustellen. Am 21. Juni 1923 erging eine Verfügung des Regierungspräsidenten an den Landrat, im Kommunalaufsichtswege den Bürgermeister von Borkum zu veranlassen, das Spielen des Borkumliedes durch die Kurkapelle zu verbieten und sich selbst beim Üben des Liedes durch Badegäste neutral zu verhalten. Daraufhin unterließ das Spiel des Liedes, das aber täglich von den Badegästen gesungen wurde.

Bekanntlich kümmerte sich Borkum auch um dieses Verbot nicht, so daß schließlich mit Polizeigewalt die Kurkonzerte verhindert werden mußten, ein Schritt, der zu einer Anzahl von Straferfahren, u. a. gegen den Pastor Münchmeyer und den Badedirektor Hempelmann führte, die beide wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 20 W. Geldstrafe verurteilt wurden. Als Vertreter des Ministeriums des Innern legte Ministerialrat Schläge dar: Die Tatsache, daß der Refrain des Liedes die gewalttätige Entfremdung der Juden verleihe, mache es den jüdischen Staatsbürgern unmöglich, in Borkum Erholung zu suchen, was wiederum gegen Artikel 111 der Reichsverfassung (Freizügigkeit aller Deutschen im Reich) verstoße. Es sei Pflicht der Polizei, jedem Staatsbürger zum Genuß dieses Rechts zu verhelfen. Die Pogromstimmung, die nach den Feststellungen des Amtsgerichts Emden die Anwesenheit eines Juden in Borkum auslösen würde, hätte ihren wesentlichen Grund in der aufreizenden Borkumhymne, deren Spiel deshalb zu verbieten gewesen sei.

Nach sehr langer Beratung schloß der Senat seine Entscheidung dahin, daß die polizeilichen Verfügungen des Landrats von Borkum vom 10. Juni 1924 und 12. Juni 1924 unter Aufhebung des Bescheides des Oberpräsidenten außer Kraft zu setzen seien. In der Begründung wird ausgeführt, daß das polizeiliche Verbot nur bei einer Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gerechtfertigt wäre. Nach der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts hätte die Polizei sich zunächst an den halten müssen, von dem die Störung unmittelbar ausging. Die Störung wäre aber nicht von dem Spielen der Melodie ausgegangen, sondern sie könnte nur in dem Gesang der letzten Strophen der Borkumhymne erblickt werden. Also hätte die Polizei durch eine Verfügung das Sagen dieser Strophen verbieten und gegen eine Übertretung des Verbots mit polizeilichen Mitteln einschreiten, nicht aber der Kurkapelle das Spielen der an sich einwandfreien Melodie verbieten sollen.

Durch dieses salomonische Urteil, für das ein früherer preussischer Innenminister verantwortlich zeichnet, wird die systematische Aufforderung zu Judenpogromen gerichtlich gebilligt! Denn daß die Polizei nicht imstande ist, sämtliche antisemitischen Kurgäste unter Führung des Pastors und des völkischen Majors Henning jeden Abend am Singen zu verhindern kann, ist sicher auch dem früheren Minister Drews klar. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts stellt sich also als eine stillschweigende Genehmigung zur gewalttätigen Verhinderung der Freizügigkeit jüdischer Mitbürger dar.

Keine Reinigung!

Was tut das Justizministerium?

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Durch die Presse geht die Mitteilung, daß gegen die mit der Bearbeitung der Strafsache gegen Barma und Genossen und damit früher auch gegen Höfle befaßten Beamten ein disziplinarisches und strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden sei. Diese Mitteilung ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst von zuständiger Seite erfährt, unrichtig.

Die Berliner Korrespondenz, die die demontierte Mitteilung verbreitete, sprach von einer amtlichen Meldung. Was tut das Justizministerium? Prüft es, ob eine Reinigung nötig ist?

Um die Schuld Dr. Thieles.

Arztliche Entlastungsversuche.

Auf einem Vortragsabend in den Räumen des Instituts für Sexualwissenschaft führte vor einer hauptsächlich aus Ärzten und Juristen bestehenden Zuhörerschaft der Arzt Dr. Krausfeld, offenbar in direktem Auftrag Dr. Thieles, eine ganze Reihe von Tatsachen an, die den Eindruck erwecken, daß weniger der Gefängnisarzt selbst als das von den Ministerialbehörden aufgesetzene System die Schuld am Tode Höfles trage. Gegen dieses System

soll sich Dr. Thiele selbst wiederholt zur Wehr gesetzt haben, doch sei er als Beamter eben wegen dieses Widerstandes gemahregelt worden.

Es wurde hier sofort gegen etwaige Versuche entschieden Stellung genommen, den Gefängnisarzt Dr. Thiele als den allein Schuldigen zum Sündenbock zu machen. Vielmehr haben wir stets auf die Verantwortung der Verfasser des berüchtigten Ministerialerlasses sowie der Staatsanwälte, Untersuchungsrichter usw. hingewiesen und deren Nachregelung gefordert. Aber selbst wenn man, wie wir es bereits getan haben, dem Dr. Thiele in aller Objektivität jene mildernden Umstände zubilligt, so geht es unseres Erachtens zu weit, ihn überhaupt von jeder Schuld freizusprechen. Vielmehr hat die parlamentarische Untersuchung bereits deutlich ergeben, daß der Leiter des Noabiter Gefängnislazarettes sich bei der Behandlung Höfles grobe Unterlassungssünden hat zuschulden kommen lassen, die durch keinen Erlaß entschuldigt werden können. Und es ist daher durchaus gerecht, daß auch er die Konsequenzen für seine Fahrlässigkeit trage.

Der Prozeß gegen Minister Hermann.

Verdächtigung leicht — Rehabilitierung schwer.

Vor der großen Strafkammer des Thüringischen Landgerichts Weimar findet heute die Berufungsverhandlung gegen den früheren Minister Genossen Hermann statt, der vom Schöffengericht von der Anklage der Beiseitigung von Akten freigesprochen, wegen unrechtmäßiger Auszahlung von Geldbeträgen an einen früheren Beamten zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. Gegen das Urteil war von der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung Berufung eingelegt worden. Die Rechtsanwältin Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin und Bluth-Eisenach wollen in der zweiten Verhandlung den Beweis dafür führen, daß es sich bei den Beträgen, in Goldmark umgerechnet, im ganzen nicht mehr als 100 Mk. handelte, und daß der Minister berechtigt war, diesen Betrag zu verausgaben. Die Staatsanwaltschaft erstrebt nicht nur die Aufrechterhaltung des erstinstanzlichen Urteils, sondern auch Beurteilung, soweit früher Freisprechung erfolgt war.

Die Politik des Zentrums.

Eine Rundgebung des Zentrumsvorstandes.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums schloß am Donnerstagmittag seine Beratungen über die politische Lage ab und veröffentlicht folgende Rundgebung:

„Der am 13. und 14. Mai in Berlin versammelte Reichsparteivorstand gedenkt voll Genugtuung all der Freunde und Mitarbeiter im Land, die in treuer Anhänglichkeit sich in den verflochtenen Kämpfen für die Sache der Partei eingesetzt haben. Dem verdienten Führer, Reichkanzler a. D. Marx, sprechen wir für seinen hingebungsreichen Dienst an Volk und Vaterland besonderen Dank und Anerkennung aus.“

Die Entscheidung um den Reichspräsidenten hat die Zentrumsparlei an die Seite derjenigen Parteien geführt, die in den schwierigsten Augenblicken der Nation mit uns gemeinsam den Abstieg in anarchische Zustände verhindert, die Einheit des Reiches erhalten und damit die Grundlagen zu neuem Aufstieg geschaffen haben. Wie in jenen Tagen, so hat die Zentrumsparlei auch in den politischen und parlamentarischen Kämpfen, die hinter uns liegen, ihre eigenen Grundzüge und ihre besondere Lieberlieferung ungeschmälert gewahrt. Die Art, wie der Kampf in falschen Beschuldigungen und Schmähungen gegen uns geführt wurde, erinnert an die schlimmsten Zeiten skrupelloser Aufwühlung politischer und konfessioneller Instinkte und hat die Zentrumsparlei in ganzen Lande mit berechtigter Empörung erfüllt.

Schmerzlich berührt uns, daß einzelne Mitglieder der Zentrumsparlei in öffentlichen Erklärungen sich gegen die Parole der Partei gemandt und dabei den Satz perorieren haben, daß den anderen die Führung, dem Zentrum aber die entscheidende Mittelstellung zufallen müsse. Der Reichsparteivorstand lehnt eine derartige politische Selbstpreisgabe, die sich zu Unrecht auf die Windhorstische Politik beruft, entschieden ab. Wir anerkennen gleiche Pflicht, fordern aber auch gleiches Recht. Die Konfession ist nicht entscheidend für das Maß politischer Rechte. Der Parteivorstand gibt sich der zuverlässigen Erwartung hin, daß die Partei in allen Landesteilen und Bezirken sich zu dem Vertrauen und zu der Geschlossenheit zurückfinden wird, die die Zentrumsparlei von jeher auszeichnet und ihren Einfluß auf das öffentliche Leben verbürgt haben.

Die politische Aufgabe der deutschen Zentrumsparlei, die sich aus ihrem christlichen Charakter, aus dem Geiste ihrer großen Tradition, aus ihrem politischen Programm und den grundsätzlichen Entschlüssen der Parteinstangen ergibt, bleibt unverändert. Die verhängnisvolle parteipolitische Zersplitterung und die Schwärze der Gegensätze in unserem Volke machen Dasein und Wirksamkeit einer verfassungstreuen christlichen Mittelpartei notwendiger denn je. Ihre politische Sendung ist Mäßigung, Ausgleich und Vermittlung. Damit allein wird die ruhige Weiterentwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse und unserer außenpolitischen Beziehungen sichergestellt. Zwischen links und rechts stehend, in lebendiger Verbindung mit den wachsenden aufbauenden Kräften in allen Schichten unseres Volkes den Erfordernissen des Tages uns fügend und doch stets treu gegen uns selbst, wollen wir Volk, Staat und Nation gern miteinander verbinden. Was in Vorurteilen und Interessen, in Gegensätzen und Haß einander gegenübersteht, soll zur Gemeinschaft hingeleitet werden. Ueber den Besonderheiten der Stämme, Stände und Parteien wollen wir die Einheit von Volk und Reich pflegen und mit Umsicht und zäher Ausdauer an der Erlösung von Ruhr und Rhein und der Freiheit der gesamten Nation arbeiten. Das ist der politische Gedanke unserer bewährten deutschen Zentrumsparlei. Diesen großen Zielen einer wahrhaft christlichen, völkisch-sozialen und nationalen Politik wollen wir dienen. Ihr gilt unsere Kraft. Mit dem Volk und für das Volk! Freunde, schließt die Reihen! In Vertrauen und Zuversicht voran!“

Eine bayerische Ungeheuerlichkeit.

Andnahmegesetz gegen unbequeme Opposition.

München, 14. Mai. (B.Z.) Die bayerische Staatsregierung hat im Landtag einen Gesetzentwurf zur Abänderung einzelner Paragraphen der Verfassung eingebracht. Die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage sind, daß auf Verlangen der Mitgliedschaft des Landtages zu erkennen ist, wenn Abgeordnete in gemeinschaftlicher Absicht ihren Einfluß als Abgeordnete mißbrauchen, wenn Abgeordnete vorsätzlich geheime oder vertrauliche Mitteilungen aus Plenar- oder Ausschlußsitzungen unter Verletzung der Schweigepflicht zur Kenntnis eines anderen gebracht haben, wenn Abgeordnete wegen Hoch- oder Landesverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse rechtskräftig verurteilt worden sind, aber wenn sie sich zum Zweck der gewalttätigen Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches oder des Freistaats Bayern zum Gehorsam gegen andere verpflichten. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Regierung ein Verbot der Ueber-

nahme von Ausschlußsitzungen durch Abgeordnete für praktisch undurchführbar hält. Dagegen soll der Mißbrauch solcher Verbindungen durch den Gesetzentwurf getroffen und verhindert werden.

Die bayerische Regierung plant unter der beliebigen Maske „Reinigung des öffentlichen Lebens“ ein Ausnahmegesetz. Der Entwurf zielt auf die Kommunisten, gestattet aber jeder Regierung, mit Anklagen und Schikanen gegen jede unbequeme Opposition vorzugehen. Ein solches Gesetz ist unvereinbar mit einer wahrhaft parlamentarischen Verfassung.

Frage: Will die bayerische Regierung dem Gesetz vielleicht auch rückwirkende Kraft gegen die Völkischen und Hitlerleute geben?

Vertagung des Landtags.

Städte- und Landgemeindevorordnung.

In der Fortsetzung der Aussprache über die Urantträge Herold (3.) auf Annahme eines Entwurfs für eine preussische Städteordnung und eines solchen für eine preussische Landgemeindevorordnung sprach

Abg. v. Egner (D. Sp.): Ob das Zentrum zweckmäßiger verfahren ist, wenn es die Beschlüsse des Ausschusses des ersten Landtages dem Hause zur Uebernahme und Annahme empfiehlt, erscheint nach den Äußerungen der Redner der Sozialdemokraten und der Deutschen Nationalen mehr als zweifelhaft. Es wäre schließlich überhaupt vorzuziehen, mit der Inangriffnahme der Verwaltungsreform so lange zu warten, bis in Preußen Verhältnisse eingetreten sind, die etwas weniger von politischen Leidenschaften beherrscht werden.

Abg. Heym-Suhl (Komm.): Es handelt sich bei dieser Materie um eine ökonomisch-politische Sachfrage. Von wirklichem demokratischen Recht ist in den Entwürfen nichts zu spüren; man läßt so gut wie alles beim alten.

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Die beiden Fraktionen der Linken sollten ihre Beanstandungen des Zentrumsentwurfes in einem Gegenentwurf formulieren dem Hause unterbreiten. Aber auch ohne das wird der Ausschuss viel Arbeit finden. Auf dem vom Zentrum eingeschlagenen Wege ist die Sache nicht zu machen. Eine fruchtbarere Verwaltungsreform kann absehn nicht vom Parlament allein geschaffen werden; bisher hat es aber an jeder Führung durch die Regierung gefehlt.

Abg. Müllen-Franken (Wirtsch. Vereinig.) erkennt ein Bedürfnis für die Revision der vielfach antiquierten Städte- und Landgemeindevorordnung an.

Abg. Bleser (Dtsch.-Hannov.) wendet sich insbesondere gegen die Aufrechterhaltung des Befähigungsrechts der Aufsichtsbehörde für die gewählten Bürgermeister, Beigeordneten, Gemeindevorsteher und Schöffen.

Die beiden Anträge gehen darauf an den 21. Ausschuss. In zweiter und alsbald auch endgültig in dritter Lesung genehmigt das Haus den Gesetzentwurf über Änderungen des Beamten-Dienstvertragsgesetzes und anderer Gesetze, wodurch diese mit den im Reich ergangenen neuen Vorschriften über die Verordnungsbezüge usw. in Uebereinstimmung gebracht werden. Das Haus beschließt dann noch über zwei Eingabenberichte nach den Anträgen des Gemeindevorstandes. — Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 9. Juni, 1 Uhr nachmittags. (Vorläufige Regelung des Staatshaushalts, Amnestieanträge.)

Mit dem Wunsche vergnügter Feiertage entläßt der Präsident die Mitglieder des Landtages. — Schluß 12 Uhr.

Der bulgarische Bürgerkrieg.

Sofia, 13. Mai. (Eigenbericht.) Bulgarien leidet seit Schluß des Weltkrieges unter der Bürde, die ihm von den Siegerstaaten auferlegt wurde. Die wirtschaftliche Lage hatte sich sehr bald bis zur Unertüchlichkeit verschlechtert, so daß sich der breiten Volksmassen eine Verzweiflungssituation bemächtigte. Kein Wunder, daß weite Schichten der Bevölkerung Beeinflussungen von außerhalb des Landes, vor allem der Agitation Moskauer, erlagen. Das trifft nicht zuletzt auf die Bauern zu. Die Regierung des Bauernpartei-Stammbulks gab z. B. dem Drängen der Kommunisten sehr stark nach. Die Folge war, daß sich in den Städten die Arbeiterklasse und die Intelligenz gegen ihn erhob. Das führte schließlich zum blutigen Umsturz des 9. Juni 1923, der mit dem Tode Stammbulks endete.

Die Regierung des Professors Zankoff, die den dringend nötigen Ausgleich schaffen sollte, vermochte jedoch nicht, die Fühlung mit den Volksmassen aufzunehmen und zu festigen. Infolgedessen glitt die Regierung immer mehr nach rechts ab und entwickelte sich allmählich zu einer Gewalttätigkeit der politischen und wirtschaftlichen Reaktion. Gegen sie verschworen sich gemeinsam die Anhänger Stammbulks und die für illegal erklärten Kommunisten. Die Leitung übernahm Moskau.

So begann in dem unglücklichen Lande der Kampf zwischen zwei Mächten: von oben die Diktatur der Regierung, von unten die Anarchie. In diesem Ringen gingen die Bemühungen der bulgarischen sozialdemokratischen Partei in Presse, Parlament und öffentlichen Versammlungen dahin, die Regierung vom Wege einer Gewalttätigkeit abzubringen, die Volksmassen aber zurückzugewinnen und loszureißen aus der Gefolgschaft von Kommunisten und Bauernpartei. Daran war nur zu denken, wenn die Regierung den Bedürfnissen der breiten Massen entgegenkam. Gleichzeitig wirkte Moskau durch reiche Gaben und Verprechungen. Die Spannung zwischen Reaktion und Anarchie entlud sich immer mehr in rüberlichen Ueberfällen, Morden und Attentaten. Sie führte schließlich am 16. April zu dem beispiellosen Attentat auf die Kathedrale in Sofia. 208 Männer, Frauen und Kinder wurden dabei unter den Trümmern der Kirche begraben, erstliche hundert verwundet.

Als Folge dieser Schreckenstat, durch die das ganze bulgarische Volk aufgebracht wurde, verhängte die Regierung den Kriegszustand. Die Mehrheit des Parlaments hieß diese Maßnahme gut. Selbst die Vertreter der Bauernpartei stimmten unter dem Eindruck des Attentats für den Kriegszustand und damit für die Regierung, um sie im Kampfe mit den Zerstörern des Staates, der Ordnung und der Ruhe der Bevölkerung zu unterstützen. Als einzige Fraktion lehnte die sozialdemokratische Partei den Kriegszustand ab. Ihr Vorsitzender, Genosse Sakaloff, gab dabei eine Erklärung ab, in der als die moralisch Verantwortlichen für die verheerliche Tat des Kathedralen-Attentats die Bolschewisten beschuldigt werden. Gleichzeitig aber rückte die Sozialdemokratie Bulgariens scharf von der Zwangsherrschaft der Regierung Zankoff ab, deren Maßnahmen nur Gegendruck erzeugen müßten. Die Sozialdemokratie sehe das sicherste Mittel, den Frieden im Lande aufrechtzuerhalten, nicht in außerordentlichen Maßnahmen wie dem Kriegszustand, sondern in Schritten der Regierung zur Befriedigung des politischen Strebens und zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Volkes. Gleichzeitig gab sie der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich die Volksmassen auf die Seite der Demokratie stellen werden, um einen dauernden politischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen.

Die sozialdemokratische Partei Bulgariens betrachtet es als ihre Pflicht, nach wie vor ihre ganze Kraft einzuweisen im Interesse einer wirklichen Befriedigung des unglücklichen Landes. Sie glaubt, daß die herrschende Anarchie nur beseitigt werden kann durch ein System wahrer Gerechtigkeit und Freiheit. Sie hofft in ihrem Streben auf die Unterstützung der sozialistischen Parteien aller Länder und der Demokratie ganz Europas, damit Bulgarien möglichst bald weitere Erschütterungen, wie sie der Ausgang des Weltkrieges für das Land gebracht hat, erspart bleiben.

Selbstbeschimpfung. Der von uns im Abendblatt glasierte Artikel eines „hervorragenden Juristen“, der sich mit den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen beschäftigte, stand in der „Deutschen Zeitung“, nicht in der „Deutschen Tageszeitung“.

Gewerkschaftsbewegung

Die Technische Nothilfe in Nöten.

Die „Teno“ ist in Not! Sie fürchtet ihren Abbau und möchte nun erst recht alle Welt von ihrer Unentbehrlichkeit überzeugen, sich als dauernde Einrichtung behaupten. Sie mag einmal notwendig gewesen sein, als in dem Toben der ersten Nachkriegszeit es in manchen Betrieben drunter und drüber ging. Diese Zeiten sind vorüber und damit auch die Zeit der „Teno“. Sie ist überflüssig. Allein die „Teno“ will das nicht einsehen und will nicht weichen. Und weil sie schon einmal noch da ist, ist sie eifrig bemüht, den sehr schwierigen Beweis ihrer weiteren Existenzberechtigung zu erbringen und sucht sich allenthalben nützlich und wichtig zu machen. Ihre kampfschaften Anstrengungen, sich einzusetzen, zeigen jedoch nur um so deutlicher, wie unnützlich sie geworden ist. Ihre weitere Existenz wird mehr und mehr gemeinschädlich, da sie den Unternehmern in jedem Konflikt zur Verfügung steht, zu Arbeiten, die einseitig von den Unternehmern als Notstandarbeiten bezeichnet werden, so daß die betreffenden Unternehmer oft keine Veranlassung zu haben glauben, sich mit ihrer Belegschaft zu verständigen.

Da die „Teno“ „vaterländisch“ ist, hat sie außer dem Unternehmertum auch die „vaterländischen“ auf ihrer Seite. Die maßgebenden Gewerkschaften aller drei Richtungen aber empfinden die „Teno“ mehr und mehr als eine gegen die Arbeitgeberinteressen gerichtete Einrichtung, mit der einmal Schluß gemacht werden muß. Deshalb haben die freien Gewerkschaften im Verein mit den Christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ein gemeinsames Schreiben an den Reichskanzler, das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsfinanzministerium und die Fraktionen des Reichstages gerichtet, in dem u. a. die Vorbereitung zur Auflösung der Technischen Nothilfe für den Ablauf des nächsten Etatsjahres gefordert wird. Begründet wird dieses Ersuchen im allgemeinen mit der Bereitwilligkeit der Arbeiter, im Streitfalle die Notstandsarbeiten selbst auszuführen.

In ihrer Not hat sich nun die „Teno“ um Hilfe an die Schwerindustrie gewandt, die ihr diese Nothilfe auch leistet, indem sie ihr ihren Apparat zur Verfügung stellt, um diese von den Gewerkschaften versicherte Bereitwilligkeit in Zweifel zu ziehen.

Doch nach Verrichtung dieser letzten Notstandsarbeit, zu der der eigene umfangreiche Apparat der „Teno“ nicht mehr ausreichte, wird die „Teno“ ihren Eifer zügeln und sich zurückziehen müssen. Sie sollte bemüht sein, in Schönheit zu sterben, in der tröstlichen Gewißheit, daß es auch ohne sie geht. Das Deutsche Reich und seine Wirtschaft bleiben bestehen und alle Arbeitskonflikte werden nach wie vor, und zwar rascher ohne die „Teno“ als mit ihr, ausgeglichen werden.

Christliche Zplitterdebatte.

Es gibt — rein konfessionell betrachtet — zwei Sorten von Christen: katholische und evangelische. Die christlich organisierten Arbeiter haben in ihrer Organisation bisher wenigstens diesen konfessionellen Unterschied überbrückt. Neuerdings sind jedoch Kräfte am Werk zur Schaffung evangelischer Gewerkschaften, das heißt zur Spaltung der christlichen Gewerkschaften in katholische und evangelische. Ein evangelischer Gewerkschaftler, Emil Kondzia, tritt nun im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften diesen Spaltungsbestrebungen entgegen, nicht ohne in christlich-brüderlichem Sinne für die Evangelischen etwas verächtliche gewisse Konzeptionen zu fordern. Er versichert, objektiv zu bleiben, nachdem er den folgenden Satz niedergeschrieben hatte:

„Uebersehen darf auch nicht werden, daß die größte Freude über konfessionelle Gewerkschaften im Lager der freien Gewerkschaften vorhanden sein würde, die in ihrer Presse indirekt die Bildung konfessioneller Gewerkschaften befürworten.“

Solange Herr Kondzia für die Behauptung, unsere Gewerkschaftspresse habe indirekt die Bildung konfessioneller Gewerkschaften befürwortet, keine beweiskräftigen Unterlagen herbeibringt, müssen wir diese Behauptung als eine beweislose Unterstellung bezeichnen. Die freien Gewerkschaften haben an der Sonderexistenz der christlichen Gewerkschaften gerade genug, um weiteren Zersplitterungen das Wort zu reden. Freilich, nachdem die Entwicklung nach Kondzia dahin gegangen ist,

„daß die christlichen Gewerkschaften staatspolitisch das Bild zeigen, daß die katholischen Mitglieder in ihrer Mehrzahl links orientiert sind, während die evangelischen Mitglieder nach rechts zeigen, die katholischen Mitglieder in ihrer Mehrzahl republikanisch eingestellt sind, während die evangelischen mehr zur alten Staatsverfassung neigen“,

hätten wir wirklich nichts dagegen, wenn diese evangelischen Christen ihre innerlich arbeitserfeindliche Stellung in einer Spaltungsorganisation offen zum Ausdruck bringen würden. Das wäre aufrichtiger, ehrlicher und demgemäß auch christlicher. Allein aus der Erkenntnis ihrer numerischen Schwäche heraus gehen die weniger fanatischen „evangelischen“ Verfechter der alten

Staatsform“ es vor, mit den Katholischen zusammenzubleiben. Um aber diese Schwäche zu bemänteln, behauptet der Verfasser, die „Entwicklung“ habe gezeigt,

„daß große Teile der evangelischen Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften geblieben sind, aus Abneigung gegen die „Zentrums-gewerkschaften.“

Ganz im Gegenteil! Die „Entwicklung“ hat etwas anderes gezeigt, und zwar erst noch bei den jüngsten Wahlen. Auch „die Teile der evangelischen Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften“ haben eine weit geringere Abneigung gegen die links orientierten „Zentrums-gewerkschaften“ als gegen die evangelischen Feinde der republikanischen Staatsverfassung. Nachden „die mehr zur alten Staatsverfassung neigenden evangelischen Kreise einmal die Probe aufs Exempel, erlebten sie

Nur noch bis Montag!

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung 1925

Landesausstellungshallen am Letzter Bahnhof.

Geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreis an der Kasse 30 Pf.

Für Gewerkschaftsmitglieder sind Karten für 20 Pf. in den Gewerkschaftsbüros zu haben. Arbeitslose erhalten in den Gewerkschaftsbüros Freikarten.

Veräume niemand den Besuch!

Ihr blaues Bunder. Es handelt sich jedoch für sie lediglich darum, den Einfluß der „nach rechts neigenden“ evangelischen Seite innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu verstärken. Klagt doch Emil Kondzia darüber, daß in überwiegend evangelischen Gegenden katholische Sekretäre angestellt worden seien, die Verbandsvorsitzende seien aus überwiegend katholischen Mitgliedern zusammengesetzt, die Mehrzahl der Verbandsvorsitzenden sei katholisch, worauf er es zurückführen will, daß evangelische Arbeiter den freien Gewerkschaften angehörten.

Wir wollen uns in diesen brüderlichen Streit durchaus nicht einmischen. Es handelt sich für uns lediglich darum, die Unterstellung zurückzuweisen, als ob wir in unserer Presse oder sonstwie die Zersplitterung der „Evangelischen“ befürwortet hätten, eine Unterstellung, die mit der weiteren Behauptung nicht recht vereinbar ist, als ob die evangelischen Arbeiter in den freien Gewerkschaften nur auf eine evangelische Gewerkschaftsgründung warteten, um ihr in Scharen zuzuströmen und wir diese „Rassensucht“ aus den freien Gewerkschaften in reaktionär-evangelische Spaltungsorganisationen abendrei begünstigten. Wir begünstigen solche Gründungen nicht, doch noch weniger fürchten wir sie.

Eine Blüte des Antreiber-systems.

Uns geht folgende Beschreibung zu: In der Sahnebonbonfabrik von Brøderna-Kanold führt die Aufsichtsdame Frau Briegle ein sehr strenges Regiment über die vielen jungen Mädchen, welche dort mit Bonbonwickeln im Akkorde mühevoll ihr Geld verdienen müssen. Der Akkordeerdienst dieser Proletarierkinder ist nicht so glänzend. Sie müssen eifrig arbeiten, um zu ihrem Gelde zu kommen. Frau B. will offenbar nicht überflüssig sein. Sie duldet nicht, daß die jungen lebenslustigen Mädchen auch nur ein Wortchen bei ihrer Akkordearbeit sprechen. Damit dem Kapital auch nicht ein Penny-Bruchteil verloren geht, heißt es für sie: antreiben, anspornen und wieder antreiben. So unzureichend kann es selbst in den Arbeitsräumen eines modernen Gefängnisses für die Anstalten nicht sein, als für die jungen Mädchen in der Bonbonfabrik unter der Fuchtel der Frau B.

Das „System“, das immer weiter ausgebaut wird, hat folgende Blüte erreicht: Als eine junge Bonbonwicklerin mit ihrer Nachbarin einige Worte austauschte, bekam sie zur Strafe zwei große Leutoplastpflaster über den Mund geklebt. Diese wurden erst nach etwa zwei Stunden nach einer Ermahnung des Herrn Direktors abgenommen.

Die „Aufsicht“ ist zum niederen Werkzeug des Unternehmerskapitals herabgesunken und nunmehr fähig, derart menschenunwürdige Anordnungen gegen arme wehrlose Arbeiterinnen auszuführen.

Die Firma würde besser darauf achten, daß vorchriftsmäßige Garderoben- und Speiseräume hergerichtet würden.

Die Arbeiterinnen aber mühten sich ihrer Organisation anzuschließen, um sich vor derartigen Uebergriffen zu schützen.

Achtung, Metallarbeiter!

In der Woche vom 12. bis 19. Mai finden die Wahlkörperversammlungen statt, die zur Jahresgeneralversammlung am 25. Mai Stellung nehmen sollen. Alle Metallarbeiter der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung haben die Wahlkörperversammlungen zu besuchen. Laßt Euch nicht von den Kommunisten blaffen! Seht ihnen auf die Finger!

Der SPD-Fraktionsvorstand.

Dreißigtausend Eisenbahner stehen auf der Abbauliste — nicht 3000, wie es in der Ueberschrift unserer diesbezüglichen Notiz im gestrigen Abendblatt heißt. Die Ziffer 30 000 im Text ist richtig.

Josef Simon, 25 Jahre Verbandsvorsitzender.

Es sind heute 25 Jahre her, seitdem der Reichstagsabgeordnete Genosse Josef Simon zum Verbandsvorsitzenden des Zentralverbandes der Schuhmacher gewählt wurde. Im Jahre 1885, noch unter dem Sozialistengehül, hat sich Simon als junger Schuhfabrikarbeiter der Gewerkschaft wie der sozialdemokratischen Partei angeschlossen. In Ofenbach, in Mainz, in Erfurt, überall wirkte Simon für seine Berufskollegen, ebenso für die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft. Seit 1907 ist er auch internationaler Sekretär der Schuh- und Lederarbeiterorganisation. 1907 wurde er in den bayerischen Landtag gewählt, dem er bis 1918 angehörte. Seit 1912 ist er Mitglied des deutschen Reichstags. Auch der verfassunggebenden Nationalversammlung hat er angehört. Nach der Revolution war er einige Monate lang als Handelsminister Mitglied der bayerischen Regierung.

So einflachte Simon neben seiner Arbeit für den Schuhmacherverband auch eine intensive öffentlich-politische Tätigkeit. Trotz seiner fast 60 Jahre gehört er zu den pflichterfülltesten und treuesten Arbeitern am Werk des Sozialismus. Der Glaube an die hohe Mission des Proletariats hat ihm Geist und Körper frisch und reger erhalten.

Reichsbahn und Eisenbahngewerkschaften.

Berlin, 14. Mai. (Tl.) In der Hauptveranstaltung der Reichsbahngesellschaft fanden heute Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahngewerkschaften und dem stellvertretenden Generaldirektor Staatssekretär a. D. Stieler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften brachten ihre Wünsche vor, die sich in der Hauptsache auf Personalfragen beziehen. Staatssekretär a. D. Stieler antwortete eingehend auf die Wünsche der Eisenbahner und nahm Gelegenheit, ihnen ein genaues Bild über die gesamte Wirtschaftslage der Reichsbahn zu geben. Die Gewerkschaftsvertreter werden, wie wir hören, ihre Wünsche demnächst auch dem Reichsverkehrsminister vortragen.

Weitere Stilllegungen im Ruhrgebiet.

Aus Dortmund berichtet Nth.: Die wirtschaftliche Lage im Dortmunder Bezirk geht einer weiteren Verschärfung entgegen. Maßgebend dafür ist vor allem die Tatsache, daß auch bei Gruben im Dortmunder Bezirk umfassende Stilllegungsmaßnahmen beabsichtigt sind. Im Laufe der nächsten Woche werden voraussichtlich 1500—2000 Bergarbeiter entlassen werden. In der Schwerindustrie machen sich Anzeichen eines größeren Abbaues von Angestellten bemerkbar. Die Union hat die Entlassung von 150 Angestellten angekündigt.

Nach einer Bekanntmachung der Verwaltung des Sachunternehmens für Bergbau und Gussstahlfabrikation sieht sich das Werk infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse zur Entlassung einer Anzahl Beamten und Arbeiter genötigt.

Achtung, Bezirksamt Kreuzberg!

Am Montag, den 18. Mai, nachmittags 4½ Uhr, bei Heim, Urbanstraße 29, Versammlung aller SPD-Arbeiter, Angestellten und Beamten. Tagesordnung: Unsere Aufgabe als Sozialisten. Referent Genosse Carl Witz. Anträge: Anträge in dringender notwendig. Mittelschub ist mitzubringen. Der Fraktionsvorstand.

Achtung, Zimmerer! Von heute, Freitag, an bis zum Sonntag, den 18. Mai, nehmen alle Bezirks-Gruppen am neuen Lottospiel teil. Die Gewinne 10 und 30 Mark heute abend. Alle äußeren Bezirke sind am Sonnabend, den 16. Mai, mit Ausnahme des Bezirkes 1 (Ostend) und 2 (Kastell), welche erst am Montag, den 18. Mai, in den bekannten Lokalen laien, Antragsverband der Zimmerer.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Osterhaus; Gewerkschaftsdemokratie: Reich. Osterhaus; Kultur: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Rappelt; Anzeigen: Th. Glöckl; Familien in Berlin. Verlag: Verlags-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die echten holländischen

POLAK PUDDINGE

Allewöchentlich zur selben Stunde
Macht Polaks Reimer hier die Runde.
In launigen und weisen Worten
Empfehl't er Polaks Puddingsorten.

Herren-Kleidung.

Paletots

Paletot	Covercoat mittelgrau M. 48.-
Paletot	Covercoat, Spot-Façon M. 58.-
Paletot	Covercoat, braun M. 85.-
Paletot	Covercoat, prima Qualität M. 105.-
Paletot	Marengo, solide Qualität M. 60.-
Paletot	Marengo auf Seide M. 99.-

Anzüge

Sacco-Anzug	Cheviot, 2reihig, hell u. dunkel gemastert M.	39.-
Sacco-Anzug	Cheviot, 3reihig, grau, 4 aufgesetzt, Taschen M.	45.-
Sacco-Anzug	Wolpcoat, modifizierte, sportmäßig verarbeitet. M.	65.-
Sacco-Anzug	Kammgarn, mittelgrau gestreift	75.-
Sacco-Anzug	Gebaroline, neueste Form, aparte Mäntel M.	125.-
Sacco-Anzug	blau Cheviot, 2reihig, moderne Form	75.-
Sacco-Anzug	blau Cheviot, 2reihig, gute Qualität	80.-

Ulster

Ulster	Cheviot, mittelgrau, Schlüpferschnitt mit Gürtel	42.50
Ulster	Cheviot, mittelgrau, mit Fädelgürtel, 2reihig	65.-
Ulster	Gabardine, in grau und braun	75.-
Ulster	Gabardine, sporte Master, 2reihig, mit Auktionsgürtel	98.-
Ulster	Whipcord, schiefgrau, moderne Form	110.-
Ulster	Gabardine, dunkelgrau, beste Ver. arbeitung	115.-

Edders & Dyckhoff

GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE

Büstre-Saccos
Wasch-Anzüge
Belle Sport-Beinkleider

Kommunistenstandal im Rathaus.

Was hat Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten mit der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu tun? Die Kommunisten sind durch die Unentwegtheit, mit der sie im zweiten Wahlgang an der Präsidentschaftswahl ihres Thälmann festhielten, den Schwarz-Weiß-Roten zu Wahlhelfern geworden. Die hierdurch ramponierte Parteiführung wiederherzustellen, mußten sie in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung sich abmühen. Sie versuchten das mit einem lächerlichen Absenkungsmanöver und dem üblichen Krakerl, aus dem ihr Redner als „Martyrer“ hervorzugehen wünschte. Aus Anlaß der Begrüßung Hindenburgs durch Oberbürgermeister Böß und Stadtverordnetenvorsteher Caspari hielt Stadtverordneter Dörr eine seiner Reden zur „Geschäftsordnung“, in denen die Kommunisten „groß“ sind. Er legte es darauf an, durch Rippeleien den Stadtverordnetenvorsteher Haß zu zwingen, daß er nach den Vorschriften der Geschäftsordnung einschränkt. Die schließlich befragte Versammlung entzog dem kommunistischen Redner das Wort, aber Herr Dörr hatte Auftrag, es bis zum Äußersten zu treiben. Als zum nächsten Verhandlungsgegenstand übergegangen wurde, verließ Dörr das Rednerpult nicht, und er redete ohne Worterteilung drauflos. Obwohl bereits einem anderen Redner das Wort erteilt war, begann er immer wieder mit seiner Rede „zur Geschäftsordnung“. Es half auch nichts, die Sitzung zu vertagen, denn nach Wiedereröffnung begann das alberne Spiel von neuem. Schließlich wurde Polizei herbeigerufen, aber sie konnte Herrn Dörr nicht bewegen, gutwillig den Saal zu verlassen. Das Ende war, daß Verstärkung erschien und Herr Dörr sein Ziel erreichte, am Arm hinausgeführt zu werden. Er soll sich nur nicht einbilden, daß er mit solchen Späßen heute noch Eindruck auf die Arbeiterbevölkerung macht. Der kommunistische Stadtverordnete Göß wollte nachher das Theater weiter betreiben. Er rempelte den Vorsteher Haß an, erhielt aber von diesem die Antwort, daß Göß ihn nicht beleidigen könne. Diese Art, einen ungehobelten Menschen abzutun, hatte nicht den Beifall der Volkspartei. Den Angriff ihrer Redner Caspari und Leidig gegen unseren Genossen Haß wies der Demokrat Dr. Meyer zurück. Danach konnte die Versammlung an ihre Arbeit gehen.

Die gestrige Sitzung des Berliner Stadtparlaments leitete ein von den Kommunisten herbeigeführter standolöser Zwischenfall ein, der den Eintritt in die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung vorderhand unmöglich machte. Herr Dörr hielt sich darüber auf, daß die Begrüßung des Reichspräsidenten v. Hindenburg am Brandenburger Tor durch den Oberbürgermeister Böß, namens des Magistrats, und durch Dr. Caspari, namens der Versammlung, stattgefunden hat und daß dies im Auftrage des sozialdemokratischen Vorstehers geschehen sei. Dazu habe Haß nach der Geschäftsordnung keine Befugnis gehabt. In diese Ausführung fiel ein Jurist des Gen. Ratlods: Ihr Idioten habt ihn ja gewählt! wofür Ratlods zur Ordnung gerufen wurde. Unter Berufung auf die Geschäftsordnung fuhr Dörr dann fort das Verfahren des Vorstehers zu kritisieren und ließ das wiederholte Ersuchen des Vorstehers Gen. Haß, nicht Dinge vorzubringen, die mit der Geschäftsordnung nichts zu tun hätten, völlig unbeachtet. Schließlich sah sich der Vorsteher, der wahrlich Bangmut genug geißt hätte, gezwungen, unter Berufung auf § 48 der Geschäftsordnung, die Versammlung zu befragen, ob Dörr das Wort entzogen werden solle, und mit großer Mehrheit wurde die Wortentziehung beschlossen. Das blieb aber auf Herrn Dörr ohne Eindruck; er verhartete auf seinem Platz auf der Rednertribüne, und als der Vorsteher dann Stv. Schwien zur Begründung der Anfrage der D. Vp. betreffend die Erhebung der Zählergebühr durch die Bewag das Wort erteilte, sprach Herr Dörr weiter und zwang den Vorsteher, die Sitzung auf einige Minuten zu vertagen. Nach der Wiedereröffnung erhielt Stv. Schwien das Wort; sofort aber sprach Herr Dörr weiter, da ihm das Wort zur Geschäftsordnung erteilt sei und er das von ihm

Vorzubringende zu Ende führen müsse. Der wiederholten Aufforderung, die Tribüne zu verlassen, leistete er nicht Folge, behauptete im Gegenteil, der Vorsteher verleihe seinerseits die Geschäftsordnung, weil er ihm das Wort nicht gebe. Wiederum sah sich der Vorsteher, der andauernd die Glocke geschwungen hatte, genötigt, an die Versammlung zu appellieren, ob Herr Dörr wegen dieser gröblichen Verletzung der Ordnung von der Sitzung ausgeschlossen werden solle, und wiederum trat die große Mehrheit auf die Seite des Vorstehers. Da Herr Dörr unentwegt auf seinem Platz verblieb, vertagte der Vorsteher die Sitzung abermals auf zehn Minuten und berief sofort den Aeltestenrat zusammen.

Vor diesem müßten Zwischenfall war ein Dringlichkeitsantrag, der den Verkauf des Raffaelschen Porträts von Giustano de Medici aus der Huldshimls-Sammlung ins Ausland (nach London für eine Million Mark) beanstandet und die Befugnis der ministeriellen Genehmigung verlangt, einstimmig angenommen worden.

Um 6,35 Uhr wiederholte sich bei der Sitzung dasselbe Schauspiel. Der Vorsteher erteilt dem Stv. Schwien das Wort. Dörr (auf der Tribüne): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. Meine Herren, ich hatte mich... (Glocke des Vorstehers.) Vorsteher: Herr Dörr, ich bitte Sie, die Tribüne und den Saal zu verlassen. (Dörr spricht weiter.) — Ich vertage die Sitzung auf 5 Minuten.

Um 7 Uhr erschienen, vom Stadtrat Bege geleitet, zwei Beamte der Schutzpolizei im Saale und gehen auf Dörr zu. Man sieht Dörr auf die beiden einsprechen. Nach kurzer Zeit verläßt die Schupo den Saal, um alsbald, auf fünf Mann verstärkt, zurückzukehren. Rummeht wird.

Herr Dörr von 2 Schupo Beamten in die Mitte genommen und unter dem johlenden Beifall der Kommunisten und Handwerksleute einzelner Tribünenbesucher hinausgeführt.

Darauf erscheint der Vorsteher Haß, erklärt die Sitzung für wiedereröffnet und gibt dem Stv. Schwien das Wort, der nunmehr endlich die erwähnte Anfrage begründet. Darauf Göß (Komm.) zur Geschäftsordnung: Wir betrachten das Vorgehen des Vorstehers als einen groben Unfug der Geschäftsordnung und legen schärfsten Protest dagegen ein, daß er dem Stv. Dörr das Wort entzogen hat, obwohl Dörr lediglich gemäß der Geschäftsordnung verfahren sei.

Dr. Caspari (D. Vp.): Warum hat der Vorsteher den Stv. Göß nicht wegen dieser Beleidigung zur Ordnung gerufen? Vorsteher: Nachdem der Aeltestenausschuss meine Handlungen für richtig und geschäftsordnungsgemäß erklärt hat, glaube ich, daß der Stv. Göß mich durch seine Angriffe nicht beleidigen konnte. (Sturm der Entrüstung bei den Komm.; andauernd wüßter Lärm, Rufe: Unverschämtheit.) Ich habe keinen Ordnungsruf erteilt, weil ich die Situation nicht mehr verschärfen wollte. (Lärm rechts.)

Dr. Leidig (D. Vp.): Es kommt nicht bloß darauf an, ob Herr Haß diese Äußerung persönlich aufsaugt, sondern auch darauf, daß der erhobene schwere Vorwurf auch die Würde und das Ansehen der Versammlung aufs gröblichste verletzt. Dr. Meyer (Dem.): Ich kann in der Bemerkung von Göß eine Verletzung der Ehre und Würde der Versammlung nicht feststellen und bin dem Vorsteher dankbar dafür, daß er unsere Arbeiten nicht weiter aufgehalten hat. Dr. Caspari tritt in äußerster Erregung und mit dem ganzen Aufsehe seiner Stimmgabel, wodurch er wiederum tobenden Lärm bei den Kommunisten hervorruft, dieser Auffassung entgegen. Es sei ein vollständiger Irrtum, zu glauben, die Situation zu verbessern, wenn man die Fügel am Boden schleifen lasse. Damit erreicht um 1/8 Uhr diese Episode ihr Ende.

Um 1/8 Uhr wurde wiederum in die Sitzung eine geheime Sitzung eingeschoben, um die dritte Lesung der Vorlage wegen Auseinandersetzung mit der Deutschen Gasgesellschaft m. b. H. und dem Aelste Niederrhein

hinsichtlich Gasversorgung vorzunehmen. Nach einer Viertelstunde stellte man die Öffentlichkeit wieder her. An die geheime Sitzung knüpft ein Antrag Göß an, die Protokolle dieser geheimen Sitzung zu publizieren, damit die Bevölkerung erfährt, daß hier einer Privatgesellschaft auf 75 Jahre ein Monopol gegeben wird. — Ueber die Vorlagen wegen Bildung einer

Stroßenbahnbetriebsgesellschaft m. b. H. und wegen der Versorgungsbezüge der zur Stroßenbahnbetriebsgesellschaft m. b. H. übergetretenen bisherigen Beamten und Festangestellten der Berliner Stroßenbahn sowie über den Antrag des Zentrums betr. Betrieb von Verkehrsunternehmungen anderer Art durch die erwähnte Betriebsgesellschaft m. b. H. berichtete Fabian (Dnat.). Die Erörterung, an der sich u. a. Genosse Löwen sowie Dr. Steiniger (Dnat.), Dr. Michaels (Dem.), Dr. Leidig (D.Vp.) beteiligten, drehte sich hauptsächlich um den von unseren Genossen gestellten Antrag, die jährliche Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung den städtischen Körperschaften zur Genehmigung vorzulegen. Der Antrag wurde mit 77 gegen 74 Stimmen abgelehnt, im übrigen der Gesellschafts- und der Betriebsvertrag nach den Ausschussvorschriften mit der Maßgabe genehmigt, daß die Bildung von Untergesellschaften der Genehmigung der städtischen Körperschaften bedarf. Für die Beschaffung und den Einbau eines neuen Röntgenapparats für das Krankenhaus am Urban wurden nach dem Antrag der Ausschussreferentin Genossin Fahrenwald 97 000 M. bewilligt. Der Erwerb des Fundus des Deutschen Opernhauses wurde genehmigt.

Entsprechend einem Antrag Heilmann (Soz.) hat der Grundstücksausschuss der Ueberlassung des im Besitz der Stadt befindlichen Terrains in Neukölln zu billigen Bedingungen zugestimmt, auf welchem die Baugenossenschaft „Märkische Scholle“ 12 Wohnhäuser zu bauen begonnen hat. Die Versammlung trat dem Ausschussantrag bei.

Die neuerlichen Magistratsvor schläge zur Aufwertung von Sparkassenguthaben wurden unverändert angenommen. — Schluß 9 Uhr.

Gerichtsärzte.

Rur irgendein ganz schlummer Mißgriff und Verstoß, der ein erschütternd menschliche Tragödie zur Folge hat, lenkt die Aufmerksamkeit auf die verborgene Welt der Licht und Leiden. Es ist die Tragik der Gefangenen, daß sie in den Häusern ihres Glanzes der Sprache beraubt sind, um auch nachher, wenn sie der Freiheit zurückgegeben sind, mit der sie in den seltensten Fällen noch etwas anzufangen wissen, stumm zu verbleiben. Ein Ueberwallen des Schmerzes und zuweilen der Verbitterung hält auch die von offener Sprache zurück, die geistig instand sind, über das Wesen der Gefangenschaft zu berichten. Das Volk bleibt ohne Kunde von der Schicksals Härte, die hinter Gittern Menschen zur Strecke bringt, und fast nur durch Zufall erfährt es, daß an Menschen Todesurteile vollzogen wurden, die nicht von Verurteilten ausgesprochen sind, ja, die oft in grausiger Weise an die Stelle von verhältnismäßig niederen Strafen, entsprechend geringen Vergehen, treten. Es bleibt Zeiten politischer Särgung und hochtreibender Wellen persönlicher Hasses um der politischen Leidenschaft willen vorbehalten, bedauerliche Erscheinungen dieser Art auf die Spitze zu treiben — daß sie aber nicht auf politische Häftlinge beschränkt bleiben, beweist das Sterben von acht Untersuchungsgefangenen seit dem 1. Januar — in einem einzigen Gefängnis! Mühsam wäre es Sache aller Parteien und aller gerechtigkeitsliebenden Menschen, Stellung gegen Vorkommnisse zu nehmen, die unwürdig eines freien Volkes sind.

Einige Beispiele dürften genügen, um die unhaltbare Stellung von heutigen Gerichtsärzten zu beleuchten. Ein Untersuchungsgefangener, seit Monaten in quälender Einzelhaft, bittet um Verlegung in Gemeinschaftshaft, weil er die Einsamkeit nicht mehr seelisch ertragen kann — und der Arzt lehnt es ab, verweigert überhaupt jede ernste Hilfe — weil der Untersuchungsgefangene doch ins Zuchthaus komme. Oder: ein Gefangener wird als Paralytiker von Wahnsinnsanfällen heimgeführt. Der Gefängnisarzt erklärt, er sei nicht einer Behandlung würdig, weil er sich die Krankheit selbst leichtsinntigerweise zugezogen habe! Wehe dem armen neurotischen Gefangenen, den der Gefängnisarzt als Simulant erklärt — ihm ist keine Rettung mehr möglich, die Haft steigert sich zur Hölle, und wenn sich hintennach herausgestellt hat, daß der arme Teufel nicht simuliert, so kann dies nicht mehr helfen, er ist inzwischen zugrunde gegangen, und der Arztbeamte kann von niemand zur Rechenschaft gezogen werden.

Solange es Aerzte gibt, die ihrer Beamteneigenschaft die einfachste Standespflicht opfern, kann nicht genug gegen diese Volks-

Schnod.

Ein Roman von See und Sümpfen.

Von Svend Fleuron.

(Aus dem Dänischen von Thgra Jakslein-Dohrenburg.)

Das muntere Leben.

Klares, stehendes Wasser füllte den Graben; auf dem Grunde aber lag der matschwarze, staubähnliche Schlamm. Er lag zolltief, Schicht auf Schicht, die eine kleine Flocke über der anderen und so locker und leicht, daß ein dichter, trüber Staubwirbel sich bei der geringsten Berührung auslöste.

Ein Ungeheuer mit Rachen und Zähnen, die an ein Krokodil gemahnten, einer schlagen, verräterischen Stirn und großen, schlafigen, bössartigen Augen lag dicht über dem Grunde des breiten, sonnenbeschuldeten Quergrabens, der von der schlagen Bucht des großen Binnensees ins Land einschmitt. Das ganze Ungeheuer war kaum einen Finger lang!

Die aufstehenden Wasserpflanzen verhüllten seinen Körper und zeichneten flüchtige Schattenrisse auf seinen runden, schlanken Schwanz.

Es pflegte mit Wohlbehagen, einen treibenden Schiffsstengel vortauschend, hier im Schlamm des Grundes sich zu tummeln, wenn die Sonne schien. Seine rotbraune Farbe mit den getigerten Querstreifen bildete eine vorzügliche Maske. Es war nichts anderes als eine Schiffsstoppel. Sogar der scharfsichtige Reiher, der unbemerkt ein Duzend Meier entfernt herabgesehelt kam und nun lautlos mit langsamen, beherrschten Schritten immer näher und näher heranwachte, hielt es auf den ersten Blick für einen Stengel.

Die ganze Geschäftigkeit eines Sommertages in solch einem Grabengewässer umwogte den jungen Hecht...

Wasserspinnen flogen an die Oberfläche, um Luft zu holen und dann zurückzukehren, ihren Vorrat zwischen den Hinterbeinen verstaubend, um im Geriesel des Quellmooses ihre silberglimmernden Taucherglocken zu vertäuen. Rückenschwimmer, die eine hinter dem anderen, mit einer glänzenden Luftblase als Schwimmsack unter dem Bauche und einem Paar langer Beine, die gleich Riemen zu beiden Seiten weit abstanden, jagten in langen Sähen durch das Wasser oder friegen und sanken mit dem Tempo eines Luftballons. Der Hecht schielte nach oben und sah, geschützt durch eine Schiffsstoppel, einen Schwarm schwarzer, bootförmiger Laumelläfer

sich wie Buntkäfer gegen die leuchtende Oberfläche abzeichnen. Die kleinen Wasserläufer lagen still da und saulensten; plötzlich aber schien ein Windstoß in sie hineinzufahren, sie wurden Hals über Kopf auseinandergetrieben und wirbelten und taumelten, immer weitere Kreise bildend, davon — um dann mit gleicher Blöchlheit sich wieder wie eine Schar Schafe zusammenzudrängen.

Der junge Hecht verberg sich vor dem Reiher in einer Schlammsack und schlüpfte ein ganzes Stück entfernt davon. Auf einer offenen, unterseefischen Ebene in einem breiten Biel legte er sich im Schlaghatten unter einem Büschel üppiger Sumpfdotterblumen, deren gelbe Blüten zwischen den grünen, herzförmigen Blättermoosen vorlugten, vor Anker.

Es herrschte nirgends um ihn her Ruhe... befand ein Tier sich auf dem Wege aufwärts, so war ein zweites im Aufstieg begriffen! Und unter ihm war das Schlammbett in unablässiger Bewegung. Stengel schlüpfen sich nach rechts und links davon; pelzige Klumpen tummelten über- und durcheinander... es froh und wimmelte von Larven allüberall. Dort wieder lärmten die rastlosen Tauchläufer ununterbrochen; sie rissen Blätter und Stengel ab, die langsam und auf unheimliche Weise sich emporhoben. Auch Luftbläschen lösten sich und wirbelten eilends aufwärts...

Hier kämpften zwei große Raubläufer mit einer armen Wasserwanze! Das klackende Insekt holte mit seinen skorpionartigen Klauen nach seinen Feinden aus; aber die Raubläufer ergriffen es jeder an einem Ende, schlugen mit ihren starken Fangbeinen die Klauen zur Seite und trennten ihren Kopf vom Rumpf. Sie durste froh sein, auf so bündige Weise des Lebens quitt zu werden!

Alles peinigte, alles marterte sich hier unten gegenseitig... ja fraß einander auf! Arme und Beine und mehrere Fettschichten seines Körpers einzubüßen, gehörte zur Tagesordnung — und ruhte man sich nur eine kurze Minute aus, fiel man der Eier seiner Feinde anheim.

Der große Pflanzegel hatte sich in rhythmischen Windungen durch das Wasser geschlängelt; jetzt war er müde und streckte sich einen Augenblick, ein Mittagsschlafchen zu halten — jogleich fielen die vermeintlichen Stengelstümpfchen, auf denen er lag, ihn an, und gierige Mäyler mit schwarzen Kiefern juckten nach seinem Fleisch; auf ein Haar wäre er für immer und ewig in Bande geschlagen worden, jetzt gelang es ihm doch endlich, sich zu befreien und von dannen zu jagen, zwei Plagegeister an den Perlen.

Aufmerksam verfolgte das junge Hechtlein die Flucht des Schlammwurms: Andere zu verschlingen, selbst aber diesem Schicksal zu entgehen — das war die Lebensaufgabe, wie es Schnod bald klar wurde.

Eine ganze Zeit verhielt er sich vollkommen still, nur ein wiegendes Fächeln mit der Rückenflosse und die bössartig schimmernden Augen verrieten Leben. Langsam öffnete und schloß sie ihren kleinen, breiten Mund und ließ das Wasser über die feuerroten Kiemen strömen, die ihr den zum Leben notwendigen Sauerstoff vermittelten.

Aber es dauerte nicht eben lange, da hat sie die Gefahr, der sie eben entronnen, vergessen. Ihre grimmige Fängerleidenschaft beraubt sie aufs neue...

Vom Schlaghatten unter den Sumpfdotterblumen schiebt sie unter ein sich eben entfaltendes Blatt der Wasserlilie. Hier findet sie ein besonders beliebtes Lauscherplätzchen, der Rücken preßt sich gegen die Unterseite des Blattes, die Nase reicht bis an die Grenze des Schattens, das Maul zum Biß bereit. Silberlichtchen, von dem kleinen Fischvolk herrührend, umblitzen sie, und Myriaden von winzigen, leuchtenden Krustentieren wimmeln ihr so dicht ums Maul, daß sie sie unablässig zu Duzenden in ihren gierigen Rachen schlingen kann.

Kamentlich all das, was hier in ständiger Bewegung war, hatte eine magische Anziehungskraft auf sie ausgeübt! Von dem Tage an, als sie, was hier Geschöpf von zwölf, fünfzehn Tagen, den Inhalt ihres Dottersacks verzehrt und ihr großes, jagdgieriges Maul geöffnet hatte, erweckte alles, was da stimmerte, sich wand und rührte, alles, was ent-fisch-lä-pfen wollte, auf unwiderstehliche Art ihren Trieb.

Tief drinnen in dem innersten Kern ihres Wesens sah ihr ein allesbeherrschender Drang; er äußerte sich in einer Innerfühltheit... einer Gewißheit dessen, nie genug bekommen zu können, und einer Angst, andere könnten kommen und die Wasser vom Getiere säubern. Eine wahrwichtige Bier besetzte sie; und war sie auch vollgepfropft, daß sie nicht mehr zu schlucken vermochte, mußte sie dennoch, umher-schwimmend, eine Beute im Mause tragen!

Was sich indes still und stumm verhielt, übte keinerlei wesentliche Anziehung auf sie aus, sie empfand keinen Hunger bei dessen Anblick und keine Begierde, es zu besitzen; das blieb ihr ja immer nach zu jagen.

Still und stumm, bis zum Bauche im Wasser stehend, sucht der scharfsichtige Reiher unterdessen den ganzen Graben ab...

(Fortsetzung folgt.)

gefahrt gefasst werden. Restlos aufzugeben, wie weit sie schon um sich gegriffen hat, und dann mit allen Mitteln des Gesetzes dagegen zu kämpfen, ist Menschenpflicht und Gebot des Weltens am Volke. Vor allem aber gilt es, sich jetzt bewußt zu werden, daß dem Volke Gefahren drohen — und daß, wenn es so weiter geht, das Volk jedes Vertrauen zu seinen Vätern verlieren muß.

Das Geständnis vor der Hinrichtung.

Der 17½-jährige als Mörder.

Bekanntlich verurteilte das Potsdamer Schwurgericht im November vorigen Jahres nach sechstägiger Sitzung in Friesack den 17½-jährigen Dienstmagd Ichnich zum Tode und den 17½-jährigen Schmiedelehrling Hermann Schulz wegen Beihilfe zu 7½ Jahren Gefängnis. Ichnich wurde zur Vollstreckung des Urteils kürzlich von Potsdam nach Blöhensee übergeführt. Nun hat I. seinem Anwalt, Rechtsanwalt Stein aus Potsdam, gegenüber das Geständnis abgelegt, daß der Hermann Schulz allein die Tat ausgeführt hat. Er hat dann mit dem 19-jährigen Landarbeiter Wahnig die Leiche beiseite geschafft. Wahnig, der damals im Prozeß als Zeuge vernommen worden war, hatte jede Beteiligung abgelehnt. Trotz gewissenhaftesten Suchens nach dem Verbleib der Leiche, mit denen die Ichnich erdroffelt worden war, konnten diese nicht gefunden werden. Jetzt hat Ichnich genau den Ort angegeben, wo sie verwehrt sind, und zwar hat Schulz diese in Friesack bei Friesack in einem Deckfließ verwerft. Die Strafvollstreckung ist daraufhin ausgesetzt worden. Der Verteidiger hat das Wiederannahmeverfahren beantragt.

Ein Vampyr.

Warum sind die Leute so dumm ...

Szene: Schöffengericht in Roabit. Durch den hohen, etwas düsteren Saal springt von Zeit zu Zeit ein kleiner blühender Sonnenstrahl.

Er fühlt sich anscheinend nicht recht wohl in diesem ersten Kreise. Draußen lacht und belächelt das Leben, hier aber wird Recht gesprochen über jene, die abgewichen sind.

Auf der Anklagebank sitzt ein wohlgeachteter junger Mann, 29-jährig, nicht sehr bekümmert, ausgerüstet mit einer recht erheblichen Dosis Schnobdrigkeit.

Der Vorsitzende: Was sind Sie?

Angeschuldigter: Redakteur ...

Wo er sein Redakteurhandwerk ausübt?

Am Organ eines Haus- und Grundbesitzvereins.

Was waren Sie früher? Erst Kellner, dann Schiffsjunge,

dann Kolonist in einer maschinentechnischen Schule, Straßenbahnschaffner, „Redakteur“ ...

Eine etwas mißbewegte-zackige Lebensbahn. Schulbildung? Mittelschule absolviert.

Es ist ein Fall von Raffinement und Schwulstigkeit.

Um so schwerwiegender, da die Gaunereien des famosen jungen Mannes vor allem gänzlich Rinderhemmte hart und bitter trafen.

Wilo der geschätzte „Berufskollege“ hatte sich als Steward auf dem Amerikafahrer „Bayera“ der Hamburg-Amerika-Linie engagieren lassen.

Mit einem Seefahrtsbuch ausgerüstet, setzte er nun eine großartige Schwindelaktion in Szene. Er sucht Stellvertreter für die Amerikareise. Es gibt ja noch soviel Dumme! So schritt er mit Energie aus. Bald konnte man in Berliner Wäldern. Insekte folgende Inhalts lesen: „Stewards für Amerika-Dampfer gesucht. Stellungsloste werden bevorzugt. Meldungen usw.“

So inferierte er, den Text ein wenig wechselnd, wochentags. Die Wirbeln war soeben. Hunderte haben sich gemeldet. Die nächste Zahl ist nicht festzustellen. Denn nur wenige haben Anzeige erstattet ... Von jedem der armen 20-, 21-jährigen Mädchen, die vertrauensvoll zu ihm kamen, voller Hoffnung, hier endlich Erwerb zu finden, verlangte er eine Kaution ... Es war bitter schwer für die Leute. Aber sie trugten es zusammen.

Und dann warteten sie ... Wochen, monatelang. Mit einem leichten er sich eine ganz besondere Freiheit. Den schickte er mit seinem Seefahrtsbuch als Steward Willkommen über das große Wasser gen Amerika und zurück. Beiseite den anderen zur Urkundenfälschung und bewog ihn, sich als Willkomm zu fühlen. Die Seefahrtslegitimation trug Willkommens Bild. — Selbstam. Niemand merkte etwas davon. Dieser andere ist jetzt flüchtig. Verzichtete auf seine Kaution. Nur um der rühmenden Justitia zu entgehen.

Wenn die Betrogenen, die alle auf das eine Seefahrtsbuch Willkommens rechneten, mit dem Staatsanwalt drohten, schrieb er schnobdrige Briefe: ... Dann bekommt Ihr überhaupt kein Geld! So in zwei Wochen ...

Und er versprach von Woche zu Woche. Hundertmal ... Jetzt steht er vor seinen Richtern. Der Vorsitzende sucht ihm zum Schluß noch eine Brücke zu bauen.

Widernde Umstände, immerhin. Bieseit Bewährungsfrist? „Haben Sie noch etwas zu sagen?“ fragt er den Angeklagten fast väterlich-ermahnend, und ein leiser Unterton zittert in seiner Stimme. „Zuen Ihnen Ihre Vergehen wirklich nicht leid?“ Willkomm winkt unbefümmert, winkt sehr deutlich ab. „Leid ...? Nein, keineswegs.“ Und dann zynisch, mit hochstaplerischer Offenheit: „Warum werden die Leute so dumm, mich anzusehen, sonst hätten sie ihr Geld zurückgefragt.“ „Run, gut.“ sagt der Vorsitzende und das Gericht erhebt sich.

Nach einiger Zeit kommen sie wieder ... Ein Jahr Gefängnis, keine Bewährungsfrist, sofortige Verhaftung ...

Der wohlgenute Willkomm wird um einige Grade blässer ... Der Justizwachmeister erhebt sich und winkt dem Verurteilten lebenswürdig.

Zuchthausstrafen für Eisenbahnräuber.

Empfindliche Strafen erhielt eine Bande von Bahnräubern, die sich gestern vor dem großen Schöffengericht in Lichtenberg zu verantworten hatte. Ende August vorigen Jahres überfiel ein Sandjäger auf einem Streifgang in der Schöpfung zwischen Petershagen und Fredersdorf ein Paket, das dabei war, eine Anzahl Damenregenschirme aus einem Paket in zwei andere umzuwickeln. Der junge Mann ergriff die Flucht und entkam. Das Mädchen aber konnte mit seinem engen Kleid und den hohen Absätzen nicht so schnell laufen. Der Sandjäger brachte es nach der Wache und stellte es als ein Strahlenmädchen Alice Tornow aus Berlin fest. Diese Ueberfahung führte zur Aufklärung von planmäßig verübten Güterdiebstählen und zur Verhaftung der Diebe mit ihrer Helfer. Alice T. war die Helfershelferin eines 22 Jahre alten Walter Bettin aus der Rigaer Straße, eines ebenso alten Bruno Reeh, den Sohn eines Schankwirts aus der Kleinen Andreasstraße und eines gewissen Grahl. Diese vier beobachteten die Güterzüge, die von Berlin aus in östlicher Richtung fahren und suchten sich auf Spaziergängen geeignete Stellen zum Aufspringen und weiterhin zum Abwerfen von Beutestücken aus. Reeh und Bettin kniffen im Fahren mit einer Zange die Wagenverchlüsse auf und warfen die Pakete hinaus, die ihnen geeignet erschienen. Die Beutestücke verstaute die Bande zunächst unter dem Geflügel der Schöpfung und vergrub sie wohl auch, um sie später abzuholen. Die Bande verkaufte ihre Beute stets in der Rühnstraße. Bettin und Bruno Reeh wurden eines Morgens in der Wohnung des alten Reeh festgenommen, als sie schon um 4 Uhr mit der Familie am Kaffeetisch saßen. In dem Bette des alten Reeh fand man mehrere Stücke Stoff, die die beiden gerade von einem Raubzug an der Buxtehuderter Bahnstraße heimgebracht hatten. Weil die beiden Verhafteten die diesen Beutezug gleich einräumten, Stamngäste des Pfannkuchentellers von Raufsch in der Breslauer Straße waren, so nahmen die Beamten auch dort eine Durchsuchung vor. Hierbei fiel

es ihnen auf, daß Frau Raufsch mit ihrem gemäßigten Körperumfang sorgfältig ein kleines Strähnchen zu verdecken suchte. In diesem fanden sie dann einen Mann versteckt, den sie nur mit großer Mühe herausziehen konnten. Er legte sich den Namen eines Mannes aus der Stralauer Straße bei. Eine Nachfrage aber ergab sofort, daß dieser in einer Raschinenfabrik bei seiner Arbeit war. Jetzt gab der Mann aus dem Versteck zu, daß er ein gewisser Dmoraczek war, ein Ladendieb, der aus Pöthensee entwichen war und noch 10 Monate Gefängnis zu verbüßen hatte. Eine Lebertat, die man im Pfannkuchenteller fand, führte zur Ermittlung des dritten Mannes der Bande, des Arbeiters Hans Grahl. Auch er wurde jetzt festgenommen. Dmoraczek hatte mit den Güterdiebstählen nichts zu tun. Vom großen Schöffengericht erhielten Walter Bettin 4 Jahre Zuchthaus, Bruno Reeh 2½ Jahre Zuchthaus, Grahl 2 Jahre Zuchthaus, Alice Tornow 1½ Jahr Gefängnis, der alte Reeh neun Monate, Frau Raufsch 10 Monate und ihr Mann neun Monate Gefängnis.

Das Todesopfer von Oderberg.

Am Mittwoch, den 13. d. M., nachmittags, fand in Oderberg unter Beteiligung fast der gesamten Bevölkerung die Beisetzung des Reichsbannerkameraden Holtmar statt. Der ortsanfässige evangelische Geistliche sprach am Grabe des Erschossenen, trotzdem er am Sonnabendabend nach der Erschießung mit den Freunden der Arbeiter im Deutschen Haus gesacht hat. Wohlwollend wirkte die Rede des Pfarrers Kleier; er fand wahrhaft tröstliche Worte für die Angehörigen und Worte wahrhafter Nächstenliebe. Als dritter Redner sprach der Gauvorsitzende Fritz Koch. Er gedachte des Toten in ernsten Worten, welche die Mahnung an die Lebenden enthielten, nun erst recht den Kampf gegen die Vermilderung nationaler Horden zu führen, aber nicht den Kampf mit Nordwaffen, sondern mit der Waffe des Geistes. Wollen wir das deutsche Volk erobern und unseren Ideen und unserem Gedanken gang zugänglich machen. Nach Schluß der Beerdigung gedachte der Vorsitzende des Gaues auf dem Marktplatz mit einigen kurzen Worten der Republik und des deutschen Volkes. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes wurde die eindrucksvolle Feier beendet.

„Deutschnationale Fluppiraten“.

Zu unserer Notiz „Deutschnationale Fluppiraten“ in der Mittwoch-Morgenausgabe des „Vorwärts“ erhalten wir von der Akademischen Rudergesellschaft eine Berichtigung, in der folgendes gesagt wird:

Die Akademische Rudergesellschaft ist ein Sportverein; es wird in ihr auf die positive Gesinnung der Mitglieder in gar keiner Weise irgendein Einfluß ausgeübt; es werden auch verschiedene politische Ansichten von den Mitgliedern vertreten. Die Ausdrücke: „Deutschnational-hafenkreuzerisches Gummiknüttel- und Renoloverhalten“ sind also durchaus ungeschicklich und unbegründet. Der Unglücksfall am 3. Mai auf der Havel auf der Höhe des Großen Breithorn ist falsch und entstellend dargestellt worden; er ist dadurch entstanden, daß der Paddler quer zur allgemeinen Fahrtrichtung vor den Bug des Aleters „Danzig“ fuhr; es sei zugegeben, daß die „Danzig“ in scharfem Tempo fuhr (etwa 11 bis 12 Stundenkilometer, sie hätte aber trotzdem auf das Paddelboot nicht aufpassen können, wenn der Paddler sich an die Vorschriften der Verkehrsordnung für Wasserstraßen gehalten hätte. Die ausgesprochene Vermutung, daß unser Verein nicht auf Grund eigener Arbeit, sondern mit Hilfe der großen Geldbeutel der „Alten Herren“ hochgekommen ist, ist falsch. Unser Bootshaus ist zum größten Teile von den Mitgliedern selbst erbaut worden. Ausbesserungen an den Booten und am Hauke werden von uns selbst ausgeführt. Der Steuermann der „Danzig“ hat sich nicht gemeigelt, von ihm verlangte Auskünfte zu geben. Der Sinn der Worte über Rotwehr bei Unglücksfällen ist uns unverständlich geblieben.

Unser Gewächsmann hält dieser Berichtigung gegenüber seine Behauptungen anrecht. Im übrigen wird unsere Kritik an dem Verhalten der meisten bürgerlichen Rudervereine durch die Berichtigung in keiner Weise beeinträchtigt.

Ein smarter Kaufmann.

Er ist anfangs der Zwanziger. Jemandem hat er „Kaufmann“ gelernt und wurde junger Mann, nicht unbegabter als tausend andere auch. Dann kamen die Fieber der Inflation und er machte sich selbstständig. Eine Schreibmaschine wurde erstanden, die obligatorische Stenotypistin, auch von ihren beruflichen Fähigkeiten abgesehen, keineswegs ungenügend, engagiert. Der hochstaplerische Rummel konnte losgehen. Und er ging los. Dort wurden Käufe getätigt. Hier wurden Käufe getätigt. Dem Fabrikanten diente der kommerzielle Geist mit Schecks, die niemand einlöste, mit Akzepten, die völlig wertlos waren. Seine Konten waren überzogen. Selbstam, er mußte von nichts. Nur Haufe hieß er sich nicht. Die Betrogenen drohten, und als das nichts nützte, gingen sie zum Staatsanwalt. Der leitete das Verfahren ein. So steht der Großzügige nun in Roabit vor den Schranken. Ein kleiner, etwas niedriger Kerl, der sich nicht allzu intelligent verhielt, und am Schluß, als der Vorsitzende energisch wird, ganz zusammenbricht. 5 Betrugsfälle werden ihm zur Last gelegt. In vier Fällen wird das Schuldig gesprochen. 6 Monate Gefängnis lautet das Urteil. 6 Wochen werden auf die Untersuchungsfrist angerechnet. „Wollen Sie annehmen?“ Ein leises, kaum vernehmbares „Ja“. Eine Bewegung zum Staatsanwalt. Und der Vorsitzende ruft: „Bitte, der nächste Fall.“

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr in der Potsdamer Ecke Margaretenstraße zwischen einer Autodroschke und einem Straßenbahnwagen der Linie 54. Die Insassen des Autos waren Direktor Fellner von der Roggenrentbank Berlin und der Leiter der Filiale dieser Bank in Landsberg a. d. W., Direktor Kuebarth. Während Direktor F. mit einer leichten Verletzung am Kopfe davonkam und

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 15. Mai.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Hausfrau. 6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Gartendirektor Ludwig Lesser: „Die Zimmer- und Balkonpflanzen im Sommer.“ 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Das geistige Berlin vor hundert Jahren“ II. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Naturwissenschaft. Dr. Adolf Marcuse: „Astronomie in ihrer Bedeutung für das praktische Leben.“ 3. Vortrag. „Astronomisch-magnetische Navigation von Luftfahrzeugen.“ 8 Uhr abends: Ministerialdirektor Dr. jur. v. Schoenebeck: „Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.“ 1. Vortrag. 8.30 Uhr abends: Abendkonzert. 1. Konzert D-Moll für zwei Violinen und Klavier, Bach, Vivace — Largo ma non tanto — Allegro (Alfred Wittenberg und Senta Pinette, Violine; Otto Urack, Klavier). 2. a) Aus meinen Tränen sprießen (Heine) Schumann, b) Die Rose, die Lilia, die Taube (Heine) Schumann, c) Wenn ich in deine Augen seh (Heine) Schumann, d) Frühlingsnacht (Eichendorf) Schumann (Theodor Heß v. d. Wyk, Baß; am Flügel: Werner Immelmann). 3. a) Chorvorspiel (Aus der Tiefe rufe ich) Bach-Szanto, b) Arioso, Händel, c) Romanzo Fisdur (op. 28 Nr. 2) Schumann, d) Das Abends (aus op. 110) Sinding (Dr. Richard H. Stein, Klavier). 4. Aus der Serenade D-Dur, Sinding, für zwei Violinen und Klavier, Andante sostenuto — Allegretto (Alfred Wittenberg, Senta Pinette, Otto Urack). 5. b) Mit Myrten und Rosen (Heine) Schumann, b) Mondnacht (Eichendorf) Schumann, c) Flutenreicher Ebro (Geibel) Schumann (Theodor Heß v. d. Wyk; am Flügel: Werner Immelmann). 6. a) Präludium, Scriabin, b) Basso estinato, Aronskj, c) Melodie, Rachmaninoff, d) Walzer (op. 42 Nr. 3) Glasunoff (Dr. Richard H. Stein). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

schickte in die nahegelegene Infirmerie in der Eichhornstraße begeben konnte, erlitt Direktor F. einen schweren Schädelbruch und erhebliche Gesichtsverletzungen. Man schaffte den Betroffenen mittels Tragbahre gleichfalls in die Infirmerie in der Eichhornstraße, von wo er später in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht wurde. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Der „Schlüssel der Apokalypse“.

Wegen Beschimpfung der katholischen Kirche verurteilt.

Vor dem Schöffengericht Rütze hatte sich der pensionierte Stadtmisionar Karl Projzeit wegen Beschimpfung der katholischen Kirche zu verantworten. Während der letzten Wahlen hat er ein Flugblatt „Schuß und Truh“ verbreitet, das als „Schlüssel der Apokalypse“ bezeichnet wurde und schärfere Angriffe gegen die katholische Kirche enthielt. Diese wurde als eine große Dürre und das mächtige Babel bezeichnet. Die römische Kirche trage heute das in der Apokalypse beschriebene Kleid der glänzenden Juwelen, der Blut des Scharlachs und des Purpurs. Der Angeklagte berief sich darauf, daß er die Sätze in seiner Schrift der Offenbarung Johannes entnommen habe. Was in der heiligen Schrift stehe, meinte er, könne man doch auch ruhig sagen. Er habe nur bemerkt, als „nationaler“ Mann aufzufordern, keinen Katholiken zu wählen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burghardi wollte dem Angeklagten, der den Eindruck eines religiösen Fanatikers und gläubenseifrigen Mannes machte, den Idealismus nicht absprechen und beantragte ausnahmsweise an Stelle der vom Gelehrten vorgeschriebenen Gefängnisstrafe wegen der groben Beschimpfung der römisch-katholischen Kirche eine Geldstrafe, außerdem wegen Vergehens gegen das Preßgesetz, da die Angabe des Druckers fehler, ebenfalls Verurteilung. Der Angeklagte bemerkte zu dem Strafamt, wenn das Gericht so gut sein wollte, mich freizusprechen, dann würde ich den Herrschaften sehr dankbar sein. Ich habe aus Idealismus gehandelt. Das Gericht nahm als strafmildernd auch den gläubenseifrigen Idealismus des Angeklagten an, als strafverschärfend, daß im Wahlkampf nicht in dieser Weise hoch ausgekreut werden dürfe. In Stelle der an sich vermehrten Gefängnisstrafe von fünf Tagen erhielt der Angeklagte auf Grund des Geldstrafenummwandlungsgesetzes 50 Mark Geldstrafe und wegen Preßvergehens eine weitere von 3 Mk.

Großfeuer in Blöhensee.

Ein Großfeuer brach gestern in der Fabrik der Firma Knack in Blöhensee aus bisher nicht aufgeklärter Ursache aus. Die Berliner Feuerwehre entfaltete acht Blöhszüge. Die Werkstatt, die Schmiede, die Bäckerei und ein Lagerhuppen wurden vollständig ein Raub der Flammen. Der Sachschaden ist bedeutend, steht jedoch noch nicht fest. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Die Feuerwehre rückte 4 Uhr nachmittags unter Hinterlassung einer Brandwache ab.

„Schwarzweihrote Demokraten“. Wir kritisierten gestern den leikamen Kellameuzug der „Neuen Zeit“ Charlottenburg. Die Redaktion des Blattes ersucht uns, mitzutellen, daß sie an dieser Aufmachung des Werbungsuges keinen Anteil hat.

Reichstagsbesuch auf der Deutschen Heimarbeiter-Ausstellung. Gestern vormittag stattete Reichstagskanzler Dr. Luther der Deutschen Heimarbeiter-Ausstellung in den Ausstellungshallen am Behrer Bahnhof einen Besuch ab, nachdem dort eine große Anzahl von Mitgliedern des Reichstages bereits um 11 Uhr die umfangreiche Ausstellung eingehend zu besichtigen begonnen hatten. Der Kanzler wurde von dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses für die Heimarbeiter-Ausstellung, Universitätsprofessor Dr. Henke, begrüßt und geführt. Die Ausstellung wird am Montag abend geschlossen werden.

Am Sarge Dr. Otto Koeflers hat für seine nächsten persönlichen Freunde, zu denen Genosse Dr. Erasmus Wilmersdorf gehört, nicht dieser, sondern Regierungsrat Dr. Droß gesprochen.

Republikanische Abendfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Der Bildungsausschuß beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Dienstag, den 26. Mai, 8 Uhr, in den Spichern-Gärten, Spichernstr. 3, eine republikanische Feier mit kleinem Orchester, Gesang, Regitationen. Mitwirkende: Ella Schuler, Ely Brandenberg, Karl Wendel, Armin Liebermann, Theo Raret. Eintrittspreis 1 Mk. Karten im Goubureau, Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Treppen, und an der Abendkasse.

Pfingstwanderungen der Humboldt-Hochschule führen durch den Lentowburger Wald und nach Rügen unter Leitung der Dozenten Dr. Volkmann und Studienrat Schubert. Anmeldungen im Bureau Köpenicker Str. 106, Roripplatz 2060.

Freiwilliger-Jugendwehre Herbst 1925. Der Vorbereitungsunterricht beginnt in Kürze, und zwar voraussichtlich in allen 20 Berliner Bezirken zu gleicher Zeit. Um genügenden Ueberblick zu gewinnen, wird gebeten, Anmeldungen von Kindern, die im Herbst aus der Schule entlassen werden und die Freiwilliger-Jugendwehre empfangen sollen, sofort bei dem Obmann der Kommission A. Harndt, N. 38, Doppel-Allee 15/17, zu besorgen. Ferner nehmen folgende Stellen Anmeldungen entgegen: Paul Seif, Anklamer Straße 55; Johannes Müller, Dönhofsstr. 121; Albert Göllig, Amsterdamer Straße 15 I, Ankle, Großwalder Str. 9; Penaler, Müller Str. 63; Traube, Reichenberger Str. 53; Otto Bernke, Charlottenburg, Engländer Str. 22; August Martin, Spanbau, Ballenwegener Str. 21; Max Otto, Zehlendorfer-Ritte, Friedrichstr. 2; Heinrich Adamczak, Schöneberg, Poststr. 75; Max Papenfuß, Steglitz, Schilhornstr. 9; Bergang, Tempelhofer, Dorfstr. 53; Erich Toltsch, Nohmsenstraße, Friedrichstr. 18; Rud. Krüger, Reußlin, Bruns-Donners-Str. 33 III; Richard Schulz, Köpenick, Flemingstr. 18/19; Hermann Müller, Lichtenberg, Lüditzstr. 44; Herm. Kernlich, Beigenes, Charlottenburger Straße 28; Rob. Ludwig, Nieder-Schönhausen, Eichenstr. 49; Heinrich Schill, Reinickendorf, Ost, Panolwer Allee 32.

Ueber „Alkoholismus und Sobetserform“ bricht am Freitag, den 15., 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums in der Draßkstraße (Eichhornstraße) Viktor Rosak, Geschäftsführer des Bundes Deutscher Sobetserformer. Gleichzeitig sprechen: Sanitätsrat Jacoby, Leiter der deutschen Lungenfürsorgestelle, und Frau Albert über „Die Gefahren des Alkohols“. Der vom Reichsausschuß für Gemeindebestimmungsrecht im Rahmen der Reichserbwohne veranstaltete Abend wird eingeleitet durch einen außerordentlich interessanten Film, der u. a. dramatische Szenen aus dem Leben des Trinker darstellt. Eintritt frei.

Ein Eiferuchtdrama. In Lübeck erschof der Prokurist Wegner aus Hamburg den Postinspektor Barnde aus Hamburg, dessen Tochter und darauf sich selbst. Da man bei dem Mörder einen Abgabebrief von Brautlein Barnde fand, scheint die Annahme berechtigt, daß es sich um ein Eiferuchtdrama handelt.

Roburg, 14. Mai. (M.T.B.) Das hiesige Schwurgericht hat heute das erste Todesurteil seit seinem Bestehen gefällt. Angeklagt war der 19 Jahre alte Porzellanarbeiter Max Schneider aus Neustadt in Oberfranken, der am zweiten Osterfeiertag seine Geliebte, die Filistinopferin Barbara Simon aus Steinwiesen, 21 Jahre alt, dadurch ermordete, daß er sie nachts in Neustadt in den Dorfbrunnen warf, und ertränkte. Das Gericht nahm vorsichtigen und überlegten Nord an und fällte ein Todesurteil, das der Angeklagte ohne sichtbare Erregung entgegennahm.

Kälte und Unwetter in Rußland. Ein von starkem Hagelschlag begleitetes Unwetter hat mehrere Kreise der Ukraine heimgesucht. Die Hagelkörner waren so groß und schwer, daß Hausgästel erschlagen und auch größere Tiere verlegt wurden. Laut Charkower Nachrichten war der Boden in den betroffenen Kreisen stundenlang mit einer dichten Schicht von Hagelkörnern bedeckt. Der Schaden für die Felder und die Obstgärten ist unermesslich. Aus Charkow ist eine besondere Kommission zur Feststellung der notwendigen Hilfsmaßnahmen abgegangen. In Sibirien ist plötzlich eine Kältemasse aufgetreten. Auf dem Dni beginnt sich wieder eine Eiskecke zu bilden. Die soeben erst begonnene Schiffsahrt erleidet erste Störungen.

Freie Krankenhausbehandlung.

Eine alte sozialdemokratische Forderung ist die Gewährung kostenfreier Behandlung in den öffentlichen Krankenhäusern. In **Ausland**, namentlich in England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wird diese Forderung gewährt. Es gibt dort sehr zahlreiche Kliniken, in denen der Aufenthalt von den Patienten nicht bezahlt zu werden braucht. Meist handelt es sich dort aber nicht um Anstalten, die den Städten gehören; nein, diese Krankenhäuser sind große Stiftungen einzelner Wohlthäter, die zugleich für die laufende Unterhaltung des Anstaltsbetriebes geforgt haben. In England wird ferner in den öffentlichen Krankenanstalten eine Gebühr nicht erhoben, wenn die aufgenommenen Patienten an Infektionskrankheiten leiden. In Skandinavien werden geschlechtskrank Personen in den Krankenanstalten kostenfrei aufgenommen und behandelt.

In Deutschland liegen die Dinge ganz anders. In den großen Krankenanstalten, die die deutschen Städte eingerichtet haben, werden grundsätzlich bestimmte Kostensätze für die Betreuung im Krankenhaus erhoben. Der weitaus größte Teil der Patienten zahlt aber trotzdem keine besonderen Krankenhauskosten. Diese werden von den Krankenkassen oder den Wohlfahrtsverwaltungen entrichtet. Die Zahl der Krankenkassenmitglieder und der von der Wohlfahrtsverwaltung versorgten Patienten ist ungefähr ebenso groß geblieben, wie sie es vor dem Kriege war. Etwa 40-50 Proz. Krankenkassenmitglieder und etwa 30 Proz. von der Wohlfahrtsverwaltung betreute Menschen bedauern die Krankenanstalten der deutschen Großstädte. In einem Vortrage über die Krankenhauskosten, den Rintzierlehdirektor a. D. Prof. Dr. Gottstein, wie wir bereits mitteilten, vor kurzem in der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hielt, war folgende Feststellung besonders bemerkenswert. Früher waren in den großen städtischen Krankenanstalten etwa 20 Proz. Selbstzahler anzutreffen; jetzt findet man aber nur noch 10-11 Proz. Die Kreise, denen die Selbstzahler entstammen, gehen heutzutage nur im äußersten Notfall ins Krankenhaus. Wie aber Prof. Gottstein sehr richtig betont, ist diese Furcht vor dem Krankenhaus nichts anderes als eine Furcht vor den Krankenhauskosten. Besonders bedauerlich und gemeinschädlich ist es, wenn Personen, die nur als Selbstzahler im Krankenhaus Aufnahme finden können, auch beim Vorliegen einer ansteckenden Erkrankung ihre Wohnstätte nicht verlassen und auf diese Weise sehr leicht zur Anstehung anderer gesunder Personen beitragen können. Die Einkünfte, die sich aus dem Betrieb der Krankenanstalten ergeben, sind nun folgende: die Gelder der Selbstzahler, die anteilige Kostendeckung durch die Krankenkassen und die Beträge, die sich aus der Verrechnung mit den Wohlfahrtsämtern ergeben. Die Kosten, die von Selbstzahlern und Krankenkassenverwaltungen erstattet werden, lassen sich verhältnismäßig leicht erheben. Die Summen, die von den Wohlfahrtsverwaltungen abgeführt werden, stehen aber in beträchtlichem Ausmaß nur auf dem Papier. Man weiß auch, daß die Wohlfahrtsämter nur damit rechnen können, einen bescheidenen Teil später einmal für ihre Pflichten oder deren Angehörige einzuziehen. Kurzum, von den Städtewahlmännern müssen zur Unterhaltung und Erweiterung ihrer Krankenanstalten alljährlich gewaltige Zuschüsse geleistet werden. Die Einnahmen, die z. B. Berlin und Hamburg aus den Krankenpflegeeinrichtungen jetzt erzielen, beziffern sich auf nur 35-40 Proz. der Gesamtkosten. Mehr als ein Drittel des ganzen Aufwandes für die Krankenanstalten wird aber allein für die Krankenernährung ausgegeben. Die bauliche Unterhaltung, die ärztliche Fürsorge, der Schwefelstein, die Aufwendung für Arzneien, Verbandmaterial, Wäschebeschaffung und Wäschereinigung und vieles andere mehr, werden zurzeit bereits aus städtischen Mitteln als Zuschußleistungen aufgebracht.

Prof. Dr. Gottstein hob noch die außerordentlich große Bedeutung der kostenfreien Krankenhausbehandlung im hygienischen Allgemeininteresse hervor und verlangte die Abschaffung der Erhebung von Pflegegebühren. Als Entschädigung für die in den Krankenhäusern gewährte Verpflegung will aber Prof. Dr. Gottstein eine Geldsumme, die den Selbstkosten für die Beschaffung und Bereitung des Essens entspricht, zur Einziehung gelangen lassen. Will man diese Gottsteinsche Forderung verwirklichen, so wird man konsequent sein und auch den Krankenkassenmitgliedern dieselben Vergünstigungen wie den Selbstzahlern zuteil werden lassen müssen; anderenfalls würden ja sonst die Richterpflichtigen gewissermaßen Prämien erhalten. Freilich ist es eine andere Frage, in welcher Form und in welchem Umfang für die Träger der sozialen Versicherung, die ja durch eine Abschaffung der Pflegegebühren in den Krankenanstalten in den Genuss außerordentlicher finanzieller Vorteile gelangen würden, eine Beteiligung an den kommunalen Krankenhauskosten in Betracht zu ziehen ist. Diese Schwierigkeiten dürften sich aber überwinden lassen, wenn alle Beteiligten sich von der Zweckmäßigkeit des Gottsteinschen Vorschlages überzeugen haben. Gerade in der heutigen Zeit wird man ihn im hygienischen Interesse und aus Gründen der Vereinfachung der Finanzgebarung durchaus begrüßen. Es ist interessant,

daß Prof. Dr. Gottstein sich jetzt die alte sozialdemokratische Forderung der unentgeltlichen Krankenhausbehandlung in gewissem Umfang — auf Grund hygienischer, volkswirtschaftlicher und statistischer Erwägungen — zu eigen macht. Jedenfalls verpricht die Diskussion über diese ungemein wichtige Frage, die als besonderer Gegenstand der Tagesordnung bis zur nächsten Sitzung der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege vertragen wurde, ebenso lehrhaft wie spannend zu werden. Dr. med. Alfred Korach.

Aus den Bezirken.

8. Bezirk — Spandau.

In dem mit Frühlingsschneen und roten Fahnen reichgeschmückten Saale des Gasthauses Wolf in Spandau fand am Sonntag, den 10. Mai der ordentliche Kreisvertretertag der SPD. des Kreises Spandau statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bezirksverordnetenfraktion behandelte Genosse Ahmus als Vorsitzender den besonders in Spandau die Gemüter stark erregenden Abbau des Genossen Dr. Herz in äußerst objektiver Weise. Er erwähnte insbesondere die gradlinige und klare Politik der SPD-Fraktion in der Abbaufrage. Gen. Ahmus bedauerte ebenso, wie der größte Teil der nach ihm sprechenden Diskussionsredner, daß das zweifellos zu rühmende Vorgehen des Gen. Dr. Herz gegenüber parteigenösslichen Bezirksamtsmitgliedern in seiner Einspruchsfrist für die Bezirksratsmitglieder Gen. Dr. Jander, Kramm und Rünlinger als Anlaß diente, mit bürgerlichen Bezirksamtsmitgliedern gemeinsam unterschriftlich zu erklären, daß ein weiteres soziales, den Interessen der Verwaltung dienendes Zusammenarbeiten mit Herrn Dr. Herz nicht mehr möglich sei. Die als Vertreter des Bezirksvorstandes anwesenden Genossen Litke und Krille nahmen zu dieser Angelegenheit gleichfalls das Wort. Sie erklärten, daß die herzlichen Angriffe auf Jander und Kramm Entgleisungen seien, die nicht gerechtfertigt werden könnten. Aber auch die drei anderen parteigenösslichen Stadträte hätten den Fehler begangen, ohne mit der Fraktion oder der Parteiorganisation in Verbindung zu nehmen. So gehe es ebenfalls nicht. Diese Angelegenheit wurde durch Annahme einer Resolution, die die Abwehrschrift des Gen. Dr. Herz verwirft und die Unterzeichnung des Bezirksamtsbeschlusses durch unsere Genossen ebenfalls nicht billigt, beendet. Zugleich wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der die SPD-Bezirksamtsmitglieder verpflichtet, sich mehr als bisher der Partei zur Verfügung zu stellen. In dem nun folgenden Jahresbericht des Kreisvorstandes betonte Gen. Guth, daß im Kreise Spandau gute Arbeit geleistet worden ist. Die Partei habe sich gut geschlagen, das zeigen die Wahlen und die steigenden Mitgliederzahlen. Nach reger Aussprache wurde der bisherige Kreisvorstand mit den Genossen Rünlinger und Guth als Vorsitzenden wiedergewählt. Mit einem Hoch auf die Partei und unter dem Beisang der Internationale wurde der Kreisvertretertag nachmittags 5 Uhr geschlossen.

13. Bezirk — Tempelhof.

Die angeländigte feierliche Einführung des bereits am 22. Dezember 1924 gewählten neuen Bürgermeisters Dr. Bruns. Wulfefeld wurde am Mittwoch durch Bürgermeister Scholz vorgenommen. Die Links zog es bei dem schönen Wetter vor, draußen zu bleiben. Nur zwei Stadträte der Linken, darunter der kommunistische Stadtrat Irrgang, glaubten, sich an der Feier beteiligen zu müssen. Wie wenig Interesse die Bevölkerung für den neuen Bürgermeister hat, zeigten nicht nur die fast ausschließlich aus städtischen Beamten bestehenden Zuhörer, sondern auch die Bezirksverordneten, die, trotz bürgerlicher Mehrheit, nicht einmal in einer beschlußfähigen Anzahl erschienen waren. Wegen der Beschlußunfähigkeit wurde der Einführungsakt um eine halbe Stunde hinausgeschoben. Die übrigen Punkte der Tagesordnung konnten nicht verhandelt werden. Aus der Rede war zu entnehmen, daß der neuer Tempelhofer Bürgermeister ganz hervorragende juristische Fähigkeiten besitze.

Die Spielplatznot im Berliner Osten.

In den Monaten Mai bis Oktober bildet ein Hauptteil der kommunalen Jugendarbeit die Stützung der Leibesübungen und die Schaffung guter Spielplätze. Besonders notwendig war dies schon seit jeher in einem der volkreichsten Stadtbezirke des Berliner Ostens, dem Bezirk Friedrichshain. Trotzdem auch hier mancherlei Grünflächen vorhanden sind; im Friedrichshain, auf der Weberswiese, auf dem Rudolphplatz und sonst an kleineren Plätzen, so hat sich doch mit den Jahren gezeigt, daß hier ein bedenklicher Mangel an Grünflächen vorhanden ist, dem unbedingt abgeholfen werden muß. Die kleineren Plätze, wie auch Weberswiese und Rudolphplatz, sind für größere Spiele vollkommen ungeeignet, teils wegen des vorhandenen Baumbestandes, teils wegen des stark hindernden Publikumsverkehrs. Als einziger Platz für wirkliche Sportspiele steht den Vereinen und Schulen der Platz am Friedrichshain zur Verfügung. Dieser Platz reicht seit langem nicht mehr aus, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Schon für das vergangene Jahr wurde bedeutend

mehr Raum durch die Erweiterung des Platzes geschaffen. Dennoch war auch dann noch die Inanspruchnahme außerordentlich stark. Wie festgestellt worden ist, spielten im Sommerhalbjahr 1924 allmählich aus den Gemeindeschulen 176 Spielabteilungen mit insgesamt rund 11000 Kindern und abends 41 Vereine mit rund 3000 Spielern auf dem Platz. In diesem Jahre ist die Nachfrage nach bedeutend mehr vergrößert. Auch aus den anliegenden Bezirken kommen die Vereine, um den Spielplatz für ihre sportlichen Arbeiten in Anspruch zu nehmen, da auch hier die Verhältnisse nicht besonders günstig liegen. In Prenzlauer Berg ist zwar der große Platz an der einjamen Pappel vorhanden, er wird aber von vielen Vereinen nicht als besonders günstig anerkannt. Der Bezirk Mitte hingegen verfügt über gar keine größeren Spielplätze, so daß die hier recht zahlreich vorhandenen Vereine gleichfalls dem Wohlwollen der Nachbarbezirke unterworfen sind. Viele Vereine kamen von hier aus gleichfalls zum Friedrichshain, um ihren sportlichen Übungen nachgehen zu können. Im Bezirk Friedrichshain sind insgesamt 130 anerkannte Jugend- und Sportvereine vorhanden, von denen jedoch für ihre Spiele eine Anzahl die Spielwiese in Treptow benutzen. Momentan spielen außer den Schulen, die in diesem Jahre gleichfalls stärker angetreten sind, etwa 55 Jugendgruppen und Sportvereine mit rund 4500 Spielern wöchentlich im Friedrichshain. Eine ganze Anzahl von Vereinen, besonders aus den Nachbarbezirken, mußte zurückgewiesen werden, weil der Platz zu stark belastet ist. Andererseits ist aber auch eine Berücksichtigung dieser Vereine dringend erforderlich. Da die sportlichen Übungen auf den Spielplätzen wichtige Vorbereitungsarbeit für die Heranbildung des Körpers bieten und nebenher auch geistig anregende Momente enthalten, ist ein Ausbau der Sportplätze dringend notwendig. Wenn man die Lage klar überseht, so steht zweifellos fest, daß an eine weitere Freimachung von Sportplätzen im Friedrichshain selbst kaum zu denken ist. Auch die noch vorhandenen Grünflächen wie der Baubestand müssen aus gesundheitlichen Rücksichten erhalten bleiben. Es wäre somit lediglich noch die Frage zu lösen, ob nicht neues Gelände für Spiel- und Sportplätze bereitgestellt werden kann. In den Grenzen der eigentlichen sechs Berliner Verwaltungsbezirke wird das kaum möglich sein, jedoch könnten vielleicht mit Beihilfe an der Peripherie der Innenstadt — etwa jenseits der Ringbahn — Plätze geschaffen werden, wie es z. B. im Bezirk Wedding — leider zugunsten privater Verbände — schon am Bahnhof Gesundbrunnen eingeleitet ist. Der einzige Widerstand würde sich in dieser Hinsicht aus den Kreisen der Siedler und Landbesitzer ergeben. So wichtig es zweifellos ist, daß der Großstadtbewohner die Möglichkeit zur Bewahrung eigenen Laubengeländes gegeben ist, soviel wichtiger noch ist es unseres Erachtens, gerade für das heranwachsende Geschlecht gute Räume und Plätze zur Ausbildung des Geistes und des Körpers zu schaffen. In diesem Sinne müssen auch alle Kreise der Jugendwohlfahrt im Berliner Osten tätig sein, soll gerade in diesem wichtigen Bezirk Gutes für die Jugendarbeit geschaffen werden.

Neu-Werder auf dem Tempelhofer Felde.

Mit Hilfe des Magistrats Berlin erbauen die Kleingärtner hinter dem Flughafen längs der Ringbahn unter Leitung des Reichsverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands, Bezirksverband Tempelhof, eine Dauerkleingärtnerkolonie. Getragen vom Opferwillen und Fleiß der in straffer Organisation zusammengeschlossenen Kleingärtner, entsteht hier eine wahre Volkserholungsstätte, nicht nur für die Familien der Garteninhaber, sondern für das ganze spazierengehende Großstadtpublikum Berlins, da die Kolonie täglich bis zum Eintritt der Dunkelheit zugänglich ist. Noch ist alles im Entstehen, doch prägen sich schon die jung gepflanzten Bäume im reichsten Blütenzweitsch. Die Kolonie vertritt in einigen Jahren ihrem Namen alle Ehre zu machen. Gartenfreunden stehen noch eine kleine Anzahl freier Parzellen zur Verfügung. Anträge für Pachtung sind an die Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Tempelhof vom Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands in Mariendorf, Chausseestr. 293, zu richten. Am Sonntag, den 17. Mai, findet die feierliche Eröffnung unter Beteiligung der Behörden in Form eines großen Volksfestes statt. Die Feier wird mit zwei großen Umzügen, von Reußhöfen und von der Friesenstraße aus, eingeleitet. Kleingärtner und Gartenfreunde seien nochmals hierauf hingewiesen.

Berliner Flugverkehr im Jahre 1925. Das Reichsverkehrsministerium gibt die Flugpläne für das Jahr 1925 bekannt. Danach findet auf 25 Strecken der Verkehr täglich in beiden Richtungen statt. Von Berlin gehen neun Linien aus. Es sind das die Linien nach Königsberg, Stockholm, Kopenhagen, Gleiwitz, Stettin, London (über Hannover, Amsterdam), Frankfurt a. M. (über Leipzig, Erfurt), Innsbruck (über Leipzig, München), Stuttgart (über Leipzig). Ferner wird Berlin berührt von der Linie, die ab Dresden nach Rastatt, Göttingen, Oslo führt. Die meisten Linien haben den fahrplanmäßigen Verkehr bereits eröffnet. Die längste Strecke ist Berlin-Stockholm; die Fahrtdauer beträgt hier 9-10 Stunden, während die kürzeste, die nach Stettin, in 1 Stunde zurückgelegt ist.

Das Lustbad des Ostens in Friedrichshagen wird am Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, mit einem Vortrage eröffnet, wozu jedermann bei freiem Eintritt willkommen ist.

Zum Pfingstfest

brauchen Sie neue Schuhe.
Braune Salamander-Schuhe

zeichnen sich aus durch:
Paisform, Eleganz und Preiswürdigkeit



SALAMANDER

Internationale Sozialpolitik im Reichstag. Der Rechtsblock verschleppt die Inflationssteuer.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. und gedenkt des Ablebens des Abg. Sievers (Dt.-Haan), der seit 1920 dem Reichstag angehört...

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts.

Internationalen Arbeitsamts.

verbunden mit einer Reihe von Gesetzentwürfen über internationale Arbeitsabkommen.

Abg. Lambach (Dnat.) bezeichnet als grundsätzliche Auffassung seiner Partei, daß eine wirkungsvolle Sozialpolitik am allerwenigsten durch internationale Abkommen gefördert werde.

Abg. Kädel (Komm.): Die außenpolitische Debatte wird sich in demselben Sinne abspielen wie die heutige: dem Sinne der internationalen Verständigung.

Abg. Erkens (Dem.) betont, daß die Kosten der sozialen Versicherungen von allen Ländern gleichmäßig getragen werden müssen.

Abg. Thiel (Dsp.) gibt folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben mit Unterstützung von Vertretern anderer Parteien im sozialpolitischen Ausschuss folgenden Antrag gestellt.

Die Deutsche Volkspartei will der Annahme der Entwürfe jetzt nicht widersprechen, um der Regierung Gelegenheit zu neuen Verhandlungen zu geben.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Entwurf wird in zweiter und darauf auch in dritter Beratung angenommen.

Ebenso werden die damit verbundenen Gesetzentwürfe in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Deutschnationale Verschleppungsmanöver.

Abg. Keil (Soz.) beantragt, den Antrag des 18. Ausschusses, der die Reichsregierung ersucht, zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen...

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) erwidert, der Aufwertungsausschuss sei nicht befugt, Steuererlasse vorzuschlagen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Ich mache meinen Vorschlag aus gutem Herzen. (Lachen links.) Ich habe damit den richtigen Weg gezeigt.

Abg. Keil (Soz.):

Herr Schulz-Bromberg hatte schon ganz offen erklärt, daß wenn ein solcher Antrag ins Plenum käme, er ihn mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu verhindern suchen würde.

Abg. Wunderlich (D. Sp.): Das Problem ist dem Steueraus-schuss überwiesen worden.

Abg. Seiffert (Döft. Bg.): Herr Schulz hält den Aufwertungsausschuss überhaupt für überflüssig.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Die Denkschrift der Regierung über die Inflationsbesteuerung ist dem Steueraus-schuss überwiesen worden.

Präsident Loh: Die Denkschrift war erst dem Steueraus-schuss überwiesen, auf Wunsch des Aufwertungsausschusses ist sie dann aber vom Plenum dem Aufwertungsausschuss überwiesen worden.

Abg. Koenen (Komm.): Der Aufwertungsausschuss hat sich schon früher damit beschäftigt, daß die Mittel zur Aufwertung aus Inflationssteuern genommen werden sollen.

Abg. Frhr. v. Ritzhofen (Dem.): Der Aufwertungsausschuss hat sich sachlich mit dem Antrag beschäftigt; ehe diese Frage nicht geklärt ist, kann der Steueraus-schuss nicht weiter arbeiten.

Abg. Keil (Soz.):

Vor Ostern wünschte der Aufwertungsausschuss die Vorlegung der Denkschrift. Sie sollte gleich nach Ostern in gemeinsamer Sitzung mit dem Steueraus-schuss beraten werden.

Die Abstimmung bleibt bei Probe und Gegenprobe zweifelhaft. Es muß ausgezählt werden.

Der Antrag Keil wird mit 155 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Das Haus vertagt sich. Schluß 1/4 Uhr.

Freitag 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Landwirtschafts-etats.

Nur 80 M. steuerfrei.

Der Regierungsblock gegen die Gewerkschaftsforderungen

Im Steueraus-schuss des Reichstages gab zunächst Reichsfinanz-minister v. Schlieffen folgende Erklärung ab:

Die Reichsregierung hat sich mit den Anregungen der verschiedenen Parteien nochmals sehr eingehend befaßt. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß über einen Steuerfreien Betrag von 80 M. monatlich und über 2 Proz. Ermäßigung schon für das zweite Kind nur für Einkommen bis zu 3000 M. nicht hinausgegangen werden kann.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern wird folgender Antrag vorgelegt:

- 1. Vom Arbeitslohn bleibt für den Arbeitnehmer ein Betrag von 100 M. monatlich (24 M. wöchentlich) vom Steuerabzug frei. 2. Der Betrag von 100 M. monatlich (24 M. wöchentlich) erhöht sich für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau sowie für das zu seiner Haushaltung zählende erste Kind um 10 M. monatlich (2,40 M. wöchentlich)...

Der Antrag wird vom Genossen Dr. Herx begründet:

Die Regierungserklärung überrascht uns nicht, aber sie ändert auch nichts an unserer Stellungnahme. Nach unseren begründeten Berechnungen bewirkt die Erhöhung des Existenzminimums auf 100 M. einen weit geringeren Ausfall als die Regierung behauptet.

Die unsoziale Gestaltung der Lohnsteuer ist vor allem das Ergebnis des Systems der prozentualen Ermäßigungen. Vor der zweiten Steuernovellierung gab es feste Ermäßigungen.

oberen Lohn- und Gehaltsempfänger zu Lasten der unteren stark begünstigt. Die festen Ermäßigungsätze statt der prozentualen sind die wichtigste Voraussetzung für die stärkere Berücksichtigung kinderreicher Familien.

In der Gesamtwirkung geht unser Antrag nicht über das hinaus, was der Reichswirtschaftsrat einstimmig beschlossen hat.

Wir haben immer nur das verlangt, was wir für sachlich vertretbar halten. Ziffer 3 unseres Antrages geht nur für die unabhängigen Arbeiter die Konsequenzen aus 1 und 2. Die Rückwirkung vom 1. April ab verlangen wir nur für den Fall, daß sie auch für die übrigen Steuerpflichtigen zugestanden wird.

Abg. Hölllein (Komm.) betrachtet die Lohnsteuer als ein Ausnahmegesetz gegen die Lohnempfänger. Deshalb beantragen die Kommunisten, daß der Steuerabzug vom Arbeitslohn überhaupt aufgehoben werden soll.

Ein Antrag der Regierungsparteien schlägt vor, das Existenzminimum auf 80 M. monatlich festzusetzen, die Ermäßigungen für die Ehefrau und das erste und zweite Kind auf 1 Proz. für jedes weitere minderjährige Kind um 2 Proz. übersteigt der Arbeitslohn nicht den Betrag von 250 M. monatlich (60 M. wöchentlich)...

Abg. Dr. Brüning (Z.): Der vom Abg. Dr. Herx konstruierte Gegenentwurf in meiner Stellung als Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes und als Abgeordneter ist unbegründet.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) beantragte, daß sich bei einem Arbeitslohn von 200 M. monatlich (also 46 M. wöchentlich) der bei jeder Lohnzahlung abzugehende Betrag auf sechs Prozent ermäßigen soll.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.), ob finanziell der Steuererlass Nachteile durch Einführung der festen Abzüge erwachsen würden, erwiderte

Staatssekretär Dr. Popih, daß finanziell selbstverständlich auf beiden Wegen ungefähr das gleiche Resultat erreicht werden könne, daß aber technisch die Umstellung der prozentualen Abzüge auf feste Abzüge große Mehrarbeit verursachen würde.

Bezüglich der von verschiedenen Seiten gewünschten gesetzlichen Begrenzung des Aufkommens aus Lohnsteuer auf eine Größenordnung von etwa 1200 Millionen Mark erwiderte der Staatssekretär, daß solche Begrenzung nicht möglich sei.

Abg. Dr. Herx (Soz.) widerspricht den Ausführungen des Staatssekretärs. Die Einführung der festen Zuschläge sei nicht schwierig, sie bringe im Gegenteil eine starke Verminderung des bürokratischen Rechnungswerts.

Abg. Keil (Soz.) verlangte, daß zu den verschiedenen vorliegenden Anträgen die Reichsregierung eine Statistik ausarbeite, in welcher Weise die Vorschläge der Parteien zur Lohnsteuer auf die verschiedenen Einkommensteuerebenen einwirken.

Infolgedessen wird auch erst Freitag die Abstimmung stattfinden.

Jede Tunke

soll ihren Eigengeschmack behalten, aber auch gut gebunden sein. Für süsse und für würzige Sossen gleich gut geeignet ist Mondamin. Es bindet ganz ausgezeichnet, bildet keine Klümpchen und macht die Tunke nicht kleisterhaft.

MONDAMIN

Das schwarze Jahr der Seehandlung.

Die Verluste der Preussischen Staatsbank.

Der Generaldirektion der preussischen Seehandlung dürften Abfassung und Veröffentlichung ihres Verwaltungsberichts nie so schwer gefallen sein wie diesmal. Das Jahr 1924 wird als das schwarze Jahr in ihrer Geschichte fortleben. In diesem Jahre wurde die erste Staatsbank Deutschlands zum Gegenstand einer unwahrscheinlichen Skrupellosen Hege. Aus der Unersahrenheit und Missetzung einiger Beamter drohten ihr nicht unbeträchtliche Verluste. Erhebliche Teile der zweifelhaft gewordenen Forderungen hätten mit großer Wahrscheinlichkeit bei vorsichtigem Verfahren gerettet werden können. Aber durch eine übereifrige Staatsanwaltschaft dürften die zweifelhaften Forderungen bereits zu beträchtlichen Verlusten geworden sein. Ihr überlautes, das Verfahren zu einer Korruptionssensation stempelndes Vorgehen zog die Beteiligten in den Kol. Wir wissen heute, in allen gravierenden Anlagepunkten zu Unrecht.

Die Sprache des Verwaltungsbereichs ist nüchtern als die Geschichte dieses Jahres selbst. In den Akten der Bilanz erscheinen unter den Schuldnern in laufender Rechnung „ungeordnete“ Schulden mit 17,06 Millionen Mark. Das ist der höchstmögliche, aber auch wahrscheinliche Verlust aus den Krediteinräumungen an Japan Kulkter und den Barmat-Konzern. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Reingewinn von 4,80 Millionen aus. Unter der Bilanz steht folgende Fußnote: „Der Reingewinn wird als „Rückstellung für die Kreditverluste“ verwendet.“ In ihrem Bericht sagt die Staatsbank, sie nehme an, daß bei normaler Fortgang der Geschäfte die Verluste aus den Erträgen der nächsten Jahre beglichen werden können.“ Das ist der Tatbestand.

Er klingt denkbar einfach. Er ist es aber nicht. Obwohl die Seehandlung heute mit dem Vollverlust der 17,06 Millionen rechnet, hat sie den Verlust nicht abgeschrieben. Möglich, daß es ihr wirklich ernst mit dem Wunsch ist, die Verluste, die aus dem vereinzelt Mißgriffen entstanden sind, in voller Höhe bilanzmäßig zum Ausdruck zu bringen und daß sie deshalb die Abschreibung nicht vorgenommen hat. Hätte sie jedoch ihre Verluste abgeschrieben, so hätten in der Gewinn- und Verlustrechnung 17,06 Millionen Verlust 4,80 Millionen Gewinn gegenübergestanden. Wäre die Seehandlung nun keine Staatsanstalt mit Staatsgarantie, sondern eine Aktiengesellschaft gewöhnlichen Rechts gewesen, so hätte die Seehandlung ihren Konkurs erklären müssen. Denn der Verlustüberschuß von rund 13 Millionen ist um 3 Millionen höher als das gesamte eigene Kapital und gerade genau so hoch wie Kapital und Reserven der Seehandlung zusammen. Das ist das eine. Die Seehandlung sagt weiter, daß die Inanspruchnahme der Staatsgarantie „nicht in den Kreis der Erwägungen gezogen zu werden braucht“. Das ist die beruhigende Versicherung, der Staat habe keinen Schaden. Während der Inflation hat die Seehandlung von den 129 Millionen Kapital, die ihr der preussische Staat als Betriebsmittel überwiesen hat, alles bis auf die 13 Millionen Kapital und Reserven der Goldbilanz verloren. Im Jahre 1924 hat sie 17 Millionen verloren. Also bereits 4 Millionen über alles das hinaus, was sie vom Staat empfangen hatte. Die Reingewinne, die die Seehandlung erzielt, gehören von Rechts wegen dem Staat, der darin das der Seehandlung übertragene Kapital zurückgezahlt erhält. Aus den zukünftigen Reingewinnen aber sollen die 17,06 Millionen Verluste gedeckt werden. Der Staat trägt die Verluste also doch.

Die heutige Höhe der Verluste nun dürfte, das glauben wir ausdrücklich zu dürfen, ganz wesentlich erst durch den Ueberreifer der preussischen Staatsanwaltschaft veranlaßt worden sein. In der schwersten Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus hat die Staatsanwaltschaft die Existenz der größten und wichtigsten Staatsbank gefährdet. Da die preussische Regierung schon daran gedacht hat, wie sie die Verantwortlichen an den eingetretenen Verlusten zur Rechenschaft ziehen oder ähnliche Fälle schwerer Schädigung staatlicher und gesamtwirtschaftlicher Interessen durch Organe der Staatsanwaltschaft unterbinden kann?

Wie es zu den Verlusten kam.

1772 von Friedrich II. als „Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft“ gegründet, 1904 in „Königliche Seehandlung (Preussische Staatsbank)“ und nach dem Kriege in „Preussische Staatsbank (Seehandlung)“ umgetauft, sollte sie die Finanz- und Geldverwaltungsgeschäfte des preussischen Staates und seiner Unternehmungen betreiben. Im 18. und 19. Jahrhundert war sie eine Gründungsbank im merkantilistischen Sinne. Um die letzte Jahrhundertwende stieß sie den Rest ihrer Industrieerfindungen und -befähigungen ab und wurde reine Staatsbank.

Je stärker die Bankkonzentration in Deutschland voranschritt, desto stärker wurde die preussische Staatsbank auch die Anlagereferve für die flüssigen Mittel der deutschen Großbanken, die der auf Girokonto keine Zinsen zahlenden Reichsbank natürlich nicht mehr beliehen, als sie nach der Vorschrift des Bankgesetzes mußten. In diesen ihr ausgetragenen und erlaubten Geschäften fand die Staatsbank in normalen Zeiten immer reichlich ihr Auskommen.

Der Krieg brachte für die Staatsbank eine höchst günstige „Konjunktur“. Die Anleihe- und Schatzwechselmissionen des Reiches und Preußens, später die Bombardierung der Kriegsanleihen, liehen den Jahresumsatz der Seehandlung 1914-1918 von 21 auf 397 Milliarden hinausschnellen. Auch das alte Kapital von 100 Millionen (1913) wurde 1918 auf 160 Millionen erhöht. Aber wie die Reichsbank wurde auch die Seehandlung in den Kriegsfinanzierungsschwindel mit hineingerissen und ihre Bankunternehmungsmoral auf doppeltem Boden gestellt. Als aus dem Kriegs- der Nachkriegsfinanzierungsschwindel wurde, der bis zum Katastrophenerbst 1923 fortdauerte, verfiel sie immer tiefer im Inflationsseil, bis sie im Herbst 1923 wie die Reichsbank fast vor dem Nichts stand.

Geldüberfluß / Mangel an Anlagemöglichkeit.

Aber die gestoppte und durch die Kreditpolitik der Reichsbank zu gutem Auslauf gebrachte neue Rentenmarkinflation brachte auch zugleich die Besserung in der Situation der Staatsbank. Der preussische Staat bekam stabile Einnahmen und gleich sehr

hohe Einnahmen, ebenso die übrigen Anleger und öffentlichen Kunden der Staatsbank, die Gemeldeten und deren Finanzinstitute. Zu der Milliarden Rentenmarktübergangskredite kamen die übersteigerten Steuereinnahmen der Staaten und Gemeinden hinzu. Damit wuchsen die Gelder der Staatsbank beträchtlich. Was aber fehlte, war die Anlagemöglichkeit. Tägliches Geld lag, besonders seit der Kreditdrosselung vom 7. April 1924 durch die Reichsbank und im Gefolge der Flucht der Privatwirtschaft aus den Devisen und Sachwerten, geradezu auf der Straße. Die Banken waren nicht Geldnehmer wie sonst, sondern selbst Geldgeber. Bei ihnen konnte die Staatsbank keine Anlage für ihre flüssigen Mittel finden. Da der Staatskredit des Reiches und Preußens nach innen und außen zerstört war, lag das Emissions- und Schatzwechselgeschäft still. Die privaten Banken, gewichtig durch ihre Erfahrungen im Kreditgeschäft schon seit 1922, wo sie ihre einseitige Goldkonditionenrechnung begannen mußten, um sich überhaupt noch hinaussetzen zu können, hielten sich vor längeren Kreditgeschäften mit größeren Beträgen. Bis mindestens zum 7. April war für sie auch das Tagesgeldgeschäft für Devisen- und Börsenspekulationen, durch den niedrigen Diskontsatz und die Kreditgabe der Reichsbank mächtig gefördert, viel lukrativer. In dieses Geschäft, das ein reines Zinsdifferenzgeschäft war und offensichtlich der Spekulation diente, durfte die Preussische Staatsbank nicht hinein. Als die Kreditdrosselung durch die Reichsbank einsetzte, war auch für die Privatbanken das Tagesgeldgeschäft gesperrt; es wurde auch als mit der vollen Devisenzuteilung ab 3. Juni und dem Absturz der Börsenkurse jeder Spekulation die Grundlage entzogen war, immer weniger lukrativ, und die Konkurrenz der anlagelustigen flüssigen Gelder wurde so stark, daß das Tagesgeldgeschäft zum Verlustgeschäft wurde, das nur durch hohe Provisionen gehalten werden konnte.

So entstand jene volkswirtschaftliche Anomalie, daß der offene Geldmarkt in Geld schwamm, das kein Mensch brauchen konnte, und daß Industrie und Landwirtschaft an Kreditdürre verdursteten und in langen Scharen Kreuzzüge nach Amsterdam, London und New York veranstalteten, um längerfristiges Kapital zu erhalten. Im Inland wie im Ausland wurde das Kupffern von Kreditquellen zum großen Tip, für den die höchsten Preise gezahlt wurden. Dazu fehlte der Markt der Privatdiskonten vollständig, und das Rediskontangebot der Reichsbank an die Preussische Staatsbank vom Juli 1924 blieb wirkungslos, weil die Großbanken zum Satz von 13 Proz. das Geschäft mit der Staatsbank nicht riskieren konnten. Die Preussische Staatsbank blieb also auf ihren Massen von flüssigen Geldern ohne Anlagemöglichkeit sitzen.

Dazu kamen für die Staatsbank einige andere Momente. Sie war eine staatliche Bank und war geleitet von Beamten. Diese Beamten hätten es in der gegebenen Lage auf sich nehmen müssen, ihre Bank ohne Gewinn arbeiten und die Gelder einfach liegen zu lassen. Dazu hätte die Einsicht gehört, daß jedes mögliche Geschäft, zumal das kurzfristige, mit hohem Risiko verknüpft war, und daß der Staatsbank, nachdem selbst die Reichsbank und die Großbanken mit ihrer alten und durch lange Erfahrung streng geprüften Kundenschaft keine Beurteilungsgrundlagen für die Bonität ihrer Geschäfte hatten, überhaupt jedes Kreditgeschäft verboten sein mußte, auch wenn es ein sogenanntes Wechsel- oder Effektenkommanditgeschäft war. Sodann waren die Beamten der Staatsbank gerade in jenen Geschäften ohne alle Erfahrung, die nach der gegebenen Sachlage an sie herangetragen zu mühten, in den Kreditansprüchen solcher Privater nämlich, die ohne Verbindungen und ohne Rückhalt bei den Großbanken mit ihrem Kreditbedürfnis in der Luft hingen und zur Stützung ihrer Finanztransaktionen Kredite zu nehmen bereit waren zu Bedingungen, die konsolidierte Unternehmungen auf Dauer zu tragen unfähig gewesen wären. Endlich waren Teile der hohen Bureaukratie durch die doppelte Moral der staatlichen Finanz- und Rechtspolitik in der Kriegs- und Inflationszeit korrumpiert, durch die blendende Herrschaftsmacht der alten und neuen Konzerne verwirrt und für zwar durchaus nicht betrügerische, aber auch nicht streng solide Geschäfte empfänglich gemacht.

Das ist der Boden, auf dem die Preussische Staatsbank seit dem Katastrophenerbst 1923 und durch die Scheinstabilisierung der Rentenbank zu jenen Kreditgeschäften kam, die die 17 Millionen Verluste im Jahre 1924 veranlaßt haben.

Wenn die Armen bei der Seehandlung borgen . . .

Der Seehandlung angeschlossen ist das Staatliche Lehramt. In ihm erhalten die Ärmsten von der Seehandlung Kredite. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Kredite der Armen schließt 1924 mit einem Gewinn von 4,80 Millionen ab. Er bezieht sich auf einen Geschäftsumsatz von 29,67 Milliarden Mark, von dem der erzielte Gewinn 0,016 Proz. beträgt. Die Gewinn- und Verlustrechnung aus den Krediten der Ärmsten sieht wesentlich anders aus. 1924 wurden 121.000 Pfänder verlegt und 2,05 Millionen Darlehen darauf gegeben, je Pfand 17 Mark. Durch Einföhrung, Erneuerung und Versteigerung gingen bei insgesamt 88.550 Pfändern wieder ein 1,08 Millionen Mark. Der Darlehensumsatz betrug also 3,13 Millionen Mark. Davon wurden 234.000 Mark Gewinn erzielt. Auf den Darlehensumsatz berechnet ergibt das 7,3 Proz. Aus den Krediten der Ärmsten wurde also im Verhältnis der 400fachen Gewinn erzielt. Auf dieses Kapital berechnet macht der aus dem Pfandgeschäft erzielte Gewinn von 234.000 Mark 30,9 Proz. Die Ärmsten zahlten 13 bis 16 Proz. Zinsen jährlich, abgesehen von der scharfen Zinsanpannung nach der Kreditdrosselung im April. Die Armen zahlten im Februar 6 Proz., ab Oktober 6 Proz., ab Dezember noch 4 Proz. monatlich. Der Verwaltungsbericht bemerkt zu der Steigerung der nicht eingelösten und versteigerten Pfänder trocken, daß die Darlehensnehmer zur Aufbringung der Zinsen nicht in der Lage waren und die Pfänder verfallen lassen mußten. Diese Feststellung erinnert an den bitteren Vers von Heine:

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.

Die überkapitalisierte Schwerindustrie wünscht das Waffrennen. Während in Genf die Tagung über den privaten Waffenhandel stattfindet, sind die Schwerindustriellen Magnaten Englands und Frankreichs an der Arbeit, ihre Waffenlieferungen an ausländische Länder zu erweitern und rufen dafür die Hilfe ihrer Regierungen an. Der größte schwerindustrielle Konzern Englands, derickers-Konzern, fordert von der Regierung „günstige Beurteilung von Gesuchen um Anleihen befreundeter Staaten auch für Rüstungszwecke“. Mit anderen Worten: die englische Regierung soll anderen Staaten für Waffenlieferungen zu Rüstungszwecken, die bei englischen Firmen aufgegeben wurden, Anleihen bewilligen beziehungsweise ihre Bewilligung durch die Banken befürworten. In der bekannten französischen Zeitschrift „Revue des deux Mondes“ schreibt ein Vertreter der Schwerindustrie: „Wenn man es fertigbringen würde, wie viele es erträumen, den ständigen Zustand eines europäischen Friedens zu verwirklichen oder wenn auch nur einige Länder, etwa Frankreich, diese gefährliche Illusion hagen würden, so würden die Absatzquellen für Stahl und Eisen zu militärischen Zwecken außerordentlich geschmälert werden!“ Man sieht deutlich, wohin der Weg der gegenwärtigen Industrieorganisation führt. Angesichts der geringen Konsumfähigkeit der Völker besteht eine ständige Ueberproduktion an Eisen und Stahl, die die Schwerindustriellen Magnaten nun zu Kanonen für neues Blutvergießen verwenden möchten.

Gute Zeiten für Banken. Für die industriellen Inflationsgründungen ist seit der Stabilisierung der Währung die Reinigungskrise schon da, und die wirtschaftliche Entwicklung scheint sie für die Zukunft noch zu verschärfen. Die Inflationsgründungen im Bankwesen aber erfreuen sich dank der überhöhen Bankzinsen und Provisionen noch der schönsten Inflationskonjunktur. Das macht der Geschäftsbericht der Berliner Getreidekreditbank A.G. sehr deutlich, der auf das 1924 arbeitende Kapital von 750.000 Mark einen Reingewinn von 298.000 Mark, also mehr als ein Drittel des Kapitals erkennen läßt. Allerdings wird der Reingewinn nicht in dieser Höhe ausgewiesen, sondern in Abschreibungen und Fondsbildungen bis auf 202.000 Mark vermindert. Aber auch das sind noch reichlich 25 Proz. Von diesem werden nur 60.000 Mark für die sprogenzige Dividende verwendet. Der Rest ist Zanteme, Reserve- und Wohlfahrtsfonds und Vortrag auf neue Rechnung. Gleichgültig, ob diese hohen Gewinne nun im Betrieb bleiben oder den Aktionären zufließen, sie sind eine künstliche Verwertung des Brotes, das in Deutschland gegessen wird. Und diese Brotverwertung ist eine Folge der Ueberorganisation des Bankwesens und des Zinsmonopols, das die deutschen Banken dank der Kapitalnot heute noch über die Wirtschaft ausüben. Für eine gründliche Reinigungskrise im deutschen Bankwesen, die uns mit den hohen Zinsen auch von der Ueberorganisation des Bankwesens befreit, wäre es deshalb höchste Zeit.

Gustav Genschow u. Co., A.-G., Berlin. Auf diese alte Jagd- munitionsfabrik und Waffengroßhandelsfirma hatte der verlorenen Krieg eine doppelte nachteilige Wirkung. Einmal beschränkte sie der Verfallener Friedensvertrag in der Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen. Dann hat die Einführung der Konkurrenzindustrien im Ausland ihr Auslandgeschäft stark eingeengt. Die Folge ist, daß sie für ihre durch Kriegslieferungen stark erweiterten Fabrikationsanlagen den Absatz nicht findet, den sie braucht. Das geht aus der Abschlußbilanz für 1924 deutlich hervor. Auf das gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelte Aktienkapital von 4,1 Millionen erzielte sie einen Reingewinn von nur 79.000 Mark. Der Rohgewinn betrug 194.000 Mark, 115.000 des Rohgewinns verwandelt sie aber zu Abschreibungen; den Reingewinn trägt sie auf neue Rechnung vor. So verteilt sie keine Dividende. Die Gründe für die relativ hohen Abschreibungen und auch für den ungünstigen Geschäftsabschluss dürften mit in der zu hohen Feststellung des Goldkapitals in der Halberstadtbilanz liegen.

Die ungarische Wirtschaftskrise. In Ungarn ist der gleiche Zustand eingetreten, der in Deutschland im Stabilisierungsjahr zu beobachten war, aber in verhältnismäßig noch schlimmerem Ausmaß. Mit Hilfe einer geringfügigen Währungsreform — 250 Millionen, wovon bisher nur 80 in Anspruch genommen wurden und die freilich hoch verzinst werden müssen — wurde die ungarische Krone stabilisiert. Durch eine ausschließlich den Verbrauch und die Industrie produktion belastende Steuerreform wurden die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht. Unter dieser Sanierung muß aber die Industrie zusammenbrechen. Die einseitig aufbereiteten Steuern bringen der Staatskasse ungeheure Einnahmen, im zweiten Halbjahr 1924 um 68 Proz. mehr als im Sanierungsgesetz vorgeschrieben war, im Januar 1925 aber um 145 Proz. mehr (Statt 25 Millionen Goldfronen 42 Millionen). Diese ungeheuren Summen werden der Wirtschaft und dem Verbrauch entzogen. Dadurch wurde die auch sonst unvermeidliche Betriebsmittelmangel ins ungeheure gesteigert. Die Zahl der Konkurse hat in der letzten Zeit gewaltig zugenommen. Die Reallohnkraft der Löhne und Gehälter ist erheblich niedriger als vor dem Krieg, was als der Verbrauch sinkt und große Massen der Bevölkerung dem Elend preisgegeben sind. Während der Inflationszeit haben auch die ungarische Industrie und der Handel eine ungeheure Aufblähung erfahren. Es entstanden 93 neue Textilfabriken, 33 Großunternehmungen der Bekleidungsindustrie, je 15 neue Großunternehmungen in der Maschinen-, Gemischen- und Lebensmittelindustrie. Die Zahl der kaufmännischen Unternehmungen vermehrte sich um 100 bis 200 Proz. Diese Inflationsgründungen müssen während der Stabilisierungskrise um größten Teil abgebaut werden. Infolge der verderblichen Wirtschaftspolitik gestaltet sich aber dieser Reinigungsprozess viel schmerzhafter, als es bei einer vernünftigen hätte der Fall sein müssen.

Ausbreitung der Wollindustrie in Australien. Wie es eine Tatsache ist, daß die hochkapitalistischen Wirtschaftszentren nur leben können, wenn sie über weite koloniale Rohstoffgebiete und zugleich Absatzgebiete verfügen, so hat auch die Entwicklung gezeigt, daß diese kolonialen Absatzgebiete in der Folge selbst industrialisiert werden und den Heimatgebieten dadurch die Nahrung entziehen. Denn die Rohstoffbasis der Hauptindustriestrukturen wird eingeengt und die Absatzmöglichkeiten werden ausgezehrt. China und Indien sind deutliche Beispiele dafür in der Vorkriegszeit. Ein weiteres Beispiel zeigt auch Australien, in dem zurzeit die einheimische Wollindustrie immer mehr an Bedeutung gewinnt. Angeregt werden die Gründungen durch Kapitalinvestitionen von Viehzüchtern, durch Mitarbeit englischer Firmen selbst und die Industrieförderungspolitik der australischen Regierung. Entzieten doch früher fast 40 Proz. der ganzen Einfuhr allein aus Textilien. Mehr als 120 Mark auf den Kopf der sechs Millionen Bevölkerung betrug die Belastung. Da die Ueberseerachten wegfallen und da ferner eine Zollmauer besteht, zeigen die neuen Unternehmungen in den meisten Fällen mit Abschüssen von 10 Proz. Dividenden und großen Rücklagen ein gutes Fortkommen. Für die englische und europäische Wollindustrie wird diese Entwicklung in den Preisen der Rohstoffmärkte zur Auswirkung kommen.

3 Tropfen

Kaoli

Metall-Oel-Politur
besser als Putzwasser

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsbüro: Berlin S. 14, Sebastianstr. 5/53, Hof 2 Nr. 1. Kameradschaft Friedrichshagen Sonnabend, den 16. Mai, 7 Uhr, ...

Sport.

Kennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 14. Mai.

1. Rennen. 1. Carl (H. Neuf), 2. Wolfenrieder (Hilfner), 3. ...

Internationale Rad- und Dauerrennen am Sonntag im Stadion. Um kommenden Sonntag wird im Stadion am den Großen Fliegerpreis ...

Geschäftliche Mitteilungen.

Die erkrankte Kassiere hat das Herren- und Damenkonfektionshaus ...



Frühjahrs-Anzüge 36.-, 40.-, 49.-, 52.-, 56.-, 60.-, 65.-, 75.-

Regenmäntel für Damen u. Herren 18.50, 23.-, 29.-, 36.-, 39.-, 45.-, 55.-



Henkel's Scheuerpulver

Unerreicht in seiner vielseitigen Wirkung ist dies ausgezeichnete Mittel. Es ist die beste Arbeitshilfe der Hausfrau in Küche und Wirtschaft.

ATA putzt und scheuert alles!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 7 1/2 Uhr: Der ferno Klang am Königplatz ...

Gr. Volksoper im Theat. d. Westend 7 1/2 Uhr: Mignon

Deutsches Theater 8 Uhr: Zum ersten Male Dr. Knock

Komödienhaus 8 Uhr: Das silberne Küsschen

Berliner Theater 7 45 Uhr: Annaliese v. Dezaun

Variété-Revue 8 Uhr: Variété-Revue

USCHI von Jean Gilbert

Walwalla-Theater Wagnersweg, Rosenthaler Tor. Täglich 7 1/2 Uhr Ensemble-Gastspiel des Metropol-Theaters

Gräfin Mariza Original-Besetzung u. Ausstattung Preise: 0.75-4.50 M.

Husch, husch zu Busch Weltmeister im Gehen u. Laufen Christian Christensen

Seelowe Charlie als Musikvirtuose

AWA Allgemeine Wassersport-Ausstellung Potsdam 1925 16. Mai bis 2. Juni. Sportplatz Luftschiffhafen am Templiner See bei Potsdam.

Metropol-Theater 8h Premierenbesetzung 8h Tausend süße Beirichen von Walter Bromme

LUNAPARK Freitag Streich-Orch.-Konzert Dirigent: Richard Knöch

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Der Werwolf

WINTERS GARTEN Der glänz. Mai-Spielplan

Casino-Theater 7 Uhr: Mädel vom Kurfürstendamm

Herrnfeld im linden Theater

Rose-Theater 8 1/2 Uhr: Hochzeit vor d. Ehe

ULAP Der Vergnügungspark der Berliner am Lehrter Bahnhof ist eröffnet

Thalia-Th. 8 Uhr: Schwarzwald mädcl

Weltattraktionen Großes Militär Gartenkonzert

Drum prüfe, wer sich ewig bindet Ich liefere als Selbsthersteller

Trauringe zu billigsten Preisen in den gediegensten Ausführungen

Trauringe zu billigsten Preisen Hermann Wiese, Berlin N. 24, Krillertisch 38

Komische Oper Berlins einzigste und erfolgreichste REVUE: Das hat die Welt noch nicht geseh'n

Reichshallen-Theater Sicilianer Sänger Neu: Das Deutsche Meer

Verkäufe Bestmöglicher, bestmöglicher, bestmöglicher

Reparaturwerkstatt für Hausgeräth und Gewerbe

Monatsgarden, von Kapellieren wenig getragene sowie neue Herren- und Damen- ...

Zeitschriften, Gedichte, Stoves, Bettdecken, ...

Reichshallen-Theater Sicilianer Sänger

Verkäufe Bestmöglicher, bestmöglicher, bestmöglicher

Reparaturwerkstatt für Hausgeräth und Gewerbe

Musikinstrumente Klavierspiel, Pianomodelle

Fahrräder Rennmaschinen, ...

Möbel Ein Jahr Kabinetsgeschäfte

Garten: Laube, Balkon, ...

Kaufgesuche ...

Arbeitsmarkt ...

Stellenangebote ...

Fleckenleger ...

Rokomitz ...

Verkauf ...

Verkauf ...

Verkauf ...

Der Zweikampf.

Von Iwan Heilbut.

Frau Joly saß in ihrer kleinen Stube unter der Lampe und strickte. Ihr Haar war schon grau geworden, aber die Augen, wenn sie sich einmal hoben, um zu dem Sessel hinüberzuschauen, wo Jakob, ihr Sohn, „der Waschlappen“, wie sie ihn nannte, saß — dann blühten diese Augen so stark und lustig, daß man Frau Joly noch gerne etwas zugeiraut hätte, Berwegenheiten, wie sie die Männer in ihren müßigsten Jahren kaum unternehmen mögen.

Jakob, „der Waschlappen“, saß im Korbstuhl, den seine liebe Mutter ihm zu seinem letzten, siebenundzwanzigsten Geburtstag mit einem Brieflein gewidmet hatte. Er las in einem Buch. Vielleicht waren seine Gedanken aber irgendwo anders. Das konnte man nicht wissen.

Morgens, wenn sie ihn weckte, rief Frau Joly: „Waschlappen, du mußt aufstehn.“ — Abends sprach sie: „Waschlappen, geh in's Bett.“ — Wenn ich nicht schon ein Waschlappen wäre, müßte Jakob oft denken, würde ich bestimmt einer werden — man richtet sich nach dem Titel.

Aber Frau Joly sorgte für ihren Sohn Jakob — so etwas hatten die Frauen, die auf den Straßen beisammen stehen, noch nicht erlebt. „Es ist eine Affenliebe“, sagten mehrere. Und die meisten stimmten zu. Denn Frau Joly brachte ihren Sohn Jakob morgens bis ins Geschäft, wo er Schreiber war, und begann erst dann mit Einkäufen und häuslichen Pflichten. Und abends ging sie ihm ein gut Stück entgegen, mochte es hageln und blühen. „Das schadet mir nicht“, sagte sie.

So lebten Frau Joly und Jakob, ihr Sohn, den sie den Waschlappen nannte.

„Kommt da jemand?“ fragte Frau Joly und blickte von ihrer Strickarbeit auf. Ihre Augen blühten.

„Von Gara“, sagte Jakob und las.

Da erhob sich Frau Joly aus ihrem Sofa, ging auf leisen Sohlen zur Zimmertür, öffnete sie behutsam, und trat auf den Zehen hinaus auf den dunklen Flur. Jakob las, vielleicht las er auch nicht und hatte andere Gedanken.

Von Gara war der Untermieter, der vorne das Zimmer bewohnte, das gute, wo die Möbel von Mahagoni stehen. Er war Ungar, war Offizier gewesen, Haar indianisch schwarz, Augen wie schwarzes Feuer. Und das Haar war in die Höhe gebürstet. Er konnte die deutsche Sprache nur stammeln. Aber das gefiel Frau Joly überwältigend gut an ihm, und wenn er die blühenden Lippen öffnete, lachten Frau Jolys junge Augen. Sie blickten hinauf auf das hochgebürstete glänzende Haar, und schweiften obwärts und maßen die breite Brust, die beim Atmen die Weite sprengen wollte. Und wenn sie aus seiner Stube kam, setzte sie sich in das Sofa und sagte: „Der Offizier hat so feine Sitten, er ist aus einem adeligen Hause“. Er springt vom Stuhl und öffnet für mich die Türe, wenn ich das Teubrett in meinen Händen halte. Das hast du Waschlappen niemals für mich getan.“

Als Frau Joly an diesem Abend wieder in die kleine Stube kam, wo Jakob in seinem Sessel saß, war ihr Gesicht kupferrot. Sie sagte kein Wort, aber nach einer Weile begann sie zu summen. Jakob, den das Summen störte, fragte: „Was es von Gara?“

„Ja, von Gara“, sagte Frau Joly ... „und er hat Musik mitgebracht.“

Jakob blickte ins Buch und las.
Musik mitgebracht — das war so zu verstehen: Das Zimmer, das von Gara gehörte, war vor vielen Monaten einem lebenslustigen Wiener vermietet gewesen. Dieser Wiener hatte eines Tages Frau Joly gefragt, ob er zum Abend einen musikalischen Freund mitbringen dürfte, der auf der Violine Konzerte zu spielen verstünde. — Bitte, hatte Frau Joly gesagt. Aber Frau Joly liebte ihre Mieter, die in ihrem Hause Heimat gefunden hatten, all diese fröhlichen, pfeifenden jungen Leute. Und wenn der Wiener einen Freund hatte, der auf der Violine Konzerte zu spielen verstand, so wollte Frau Joly auch diesen kennen lernen. Sie stand am Abend vor der Scheibe der Wohnungstür, von deren Farbe sie einige Streifen mit dem Fingernagel herabfrachte. Als ein Schlüssel am Türschloß tastete, sehr behutsam, da spähte Frau Joly durch die Streifen, sehr behutsam. Dann stellte sie sich still an die Wand, kreuzte die Arme und stand wie ein Denkmal. Der lustige Wiener schob sich herein, an dem Gurt seines Mantels im Rücken hielt sich ein Mädchen. Da stand Frau Joly mitten im Korridor, kreuzte die Arme über der Brust und blickte ihn an. Der fröhliche Wiener deutete elegant auf seine Begleiterin. „Da ist die Musik“, sagte er.

Und am nächsten Morgen lag neben der Kaffeelanne auf seiner Tasse — die Kündigung.

Das war der Sinn der Redewendung: Er hat Musik mitgebracht.

Auf diesen Wiener war Herr von Gara gefolgt. Er hatte in seinem Kontrakt unterschreiben müssen, daß er weder Schwester, noch Nichte, noch Enkelin oder Cousine in seinem Zimmer empfangen wolle. Und das mußte er versichern wie einen Eid. Und diesen Kontrakt holte Frau Joly jetzt aus der Kommode, die nebenan im Schlafzimmer steht, las ihn noch einmal durch, untertischlich mit einem roten Stift verschiedene Worte: lächelte, ging hinaus. Hart stampfte sie über den Korridor. — Sie geht zu von Gara dachte Jakob und las.

Von Garas Tür war verschlossen. Auch diese Scheiben waren matt mit Farbe bedeckt. Da begann Frau Joly mit dem Nagel des Mittelfingers die Farbe in Streifen herunterzukratzen. Ehe sie hindurchslagen konnte, stand von Gara im Rahmen und schrie: „Was Sie sich erlauben?“

„Ich möchte Sie sprechen“, sagte Frau Joly und drängte sich an die Tür.

„Was Sie sprechen wollen?“ rief er hervor. Er versperrte den Weg.

„Ich möchte in Ihrer Stube mit Ihnen reden.“

„Hier“, sagte von Gara.

„Warum nicht in Ihrer Stube?“ fragte Frau Joly.

„Hier“, sagte von Gara.

„Es befindet sich also jemand in Ihrer Stube“, sagte Frau Joly.

„Hier“, sagte von Gara. Er beharrte dabei.

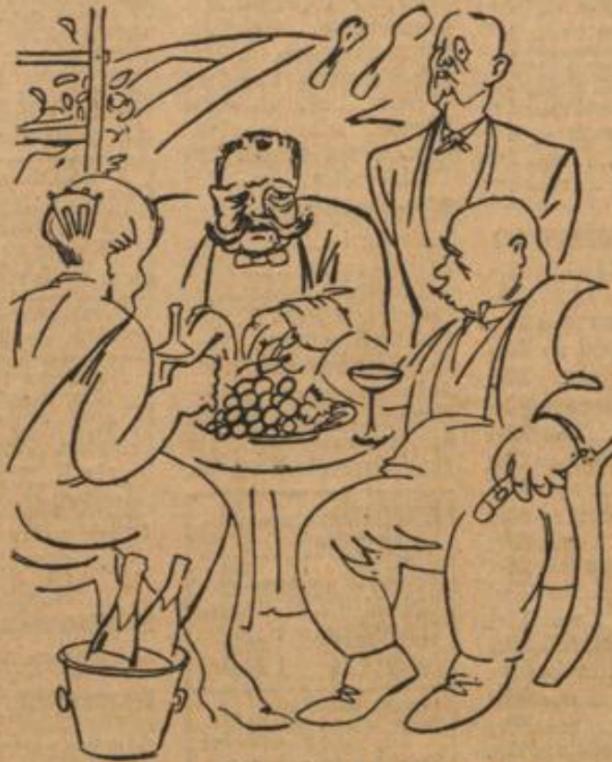
„In dem Kontrakt steht unterschrieben —“

„Das ist meine Mutter, die mich besucht“, schrie von Gara mit heller Stimme.

„O, Sie windiger Offizier“, rief Frau Joly. „Sie Lügenhufari!“ Und sie stampfte über den Korridor und von Gara schmiß zu und schloß ab.

„Das ist keine Mutter — sagt er“, sagte Frau Joly zu Jakob. Ihr Gesicht glühte dunkelrot, sie lächelte, summete. „Ich habe ihn

Der Ketter.



Bei der notleidenden Landwirtschaft:

„Nur keine Bange nich, Regieren is' man habb so schlimm, der Landbund wird's Ihnen schon sagen, wie's gemacht wird!“



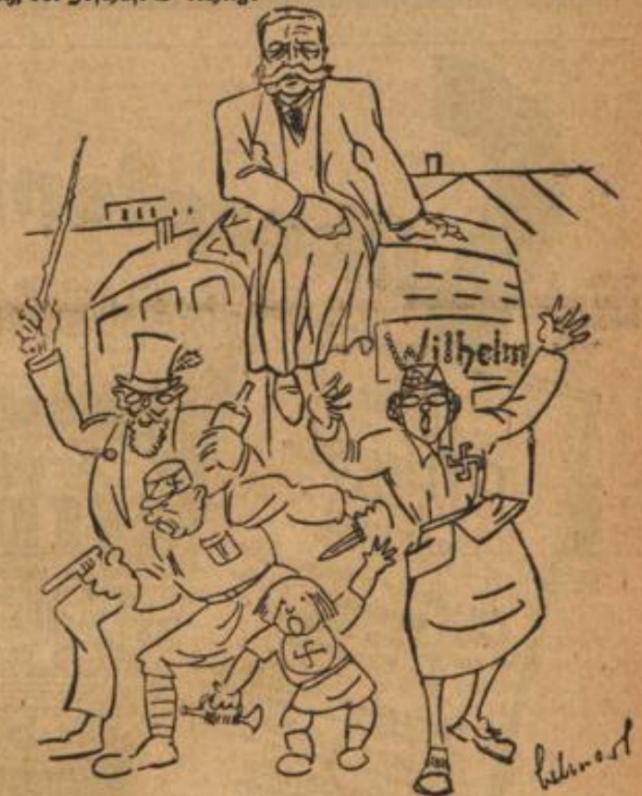
Bei den „Steuer“ männern:

„Schon alles jerekket, Eggellens, Luther, Schiele, Neuhaus verkehren den Rummel. 3,1 Milliarden Lohnsteuer, 1,7 Bess, det Jeschäft is' richtig!“



Bei der Schwerindustrie:

„Auf Grund Ihres Lebenslaufes, Zeugnisse und Referenzen, glauben wir, daß Sie das Ihnen entgegengebrachte Vertrauen nicht enttäuschen. Falls Sie in Ihrer neuen Tätigkeit Rat und Hilfe brauchen sollten, stehen wir Ihnen gern damit zur Verfügung!“



„Oh, Gottgott! Lauter Ketter!“

„Ich weiß mich nicht mehr zu retten!“

Lügenhufari genannt. Und morgen liegt die Kündigung auf seinem Teller. Uebermorgen ist sowieso der Termin — sie kommt gerade zur rechten Zeit. Hol Tinte und Feder, Waschlappen du, schreibe die Kündigung aus. Oder willst du noch essen?“
Denn er hatte den Appetit eines Löwen.

Abends zehn Uhr, als Jakob über den Korridor tappte, das Brotbeutelchen an der Schnur in den Händen — denn er wollte es vor die Haustüre hängen — da kam Herr von Gara vor seine Stube und sagte: „Eintreten Sie!“

Jakob stand still und drehte das Band an dem Beutelchen zwischen den Fingern. Es kam ihm kein Beistand. Seine Mutter zu Hilfe rufen wollte er nicht. — Rog also der Mann seinen Willen haben, dachte er und trat ein.

Von Gara hatte Kletterstiefel an, breitbeinig stellte er sich mitten ins Zimmer, seine Augen, die schwarzen Funkelesteine, drehten sich immerzu. Jakob sah sich im Zimmer um.

„Suchen Sie nicht diese Dame, die meine Mutter war“, sagte von Gara scharf, ja, er war Offizier gewesen. „Denn sie ist fort.“ Jakob verbeugte sich steif. Er wußte gar nicht, was er hier wollte. Nach einer Pause sagte der Offizier: „Sie wissen, was nun nach dem Ehrentodez geschehen muß. Ihre Frau Mutter hat mich einen Lügenhonded geheißt.“

Jakob verbeugte sich wieder. Da fiel ihm das Brotbeutelchen hin und Jakob dachte: Süßes Beutelchen, nun trage ich dich bald sieben Jahre vor unsere liebe Türe — und Mutter hat dich genüßt.

Da sagte von Gara: „Wünschen Sie Degen? Oder Pistolen?“ Jakob zwinkerte mit dem linken Auge, das war Verblüffung — so wie ein Hund sein Ohr in die Höhe wirft, wenn man ihn rufft.
(Fortsetzung folgt.)

Soziale Fürsorge im alten Mongolenreich. Zu den weit verbreiteten Irrtümern der üblichen Geschichtsüberlieferung gehört die Meinung, die soziale Fürsorge für die Schwachen, Kranken und Leidenden sei erst durch das Christentum zur moralischen Verpflichtung für die Allgemeinheit gemacht worden. Ohne den christlichen Charakter der ganzen Gemeinschaft hätte die Einrichtung der Krankenhäuser und Hospitäler nie Wurzel fassen können. Die wissenschaftliche Forschung hat indessen festgestellt, daß bereits mehrere Jahrhunderte vor Christi Geburt buddhistische Herrscher in Ceylon und Kaschmir Hospitäler gründeten. Interessante Belege für die soziale Liebeswirkung der buddhistischen Religion auch im großen Mongolenreich des Kublai Khan findet man in den Reiseberichten des Marco Polo, dem ersten europäischen Forschungsreisenden. Marco Polo berichtet, daß der Mongolenherrscher schon in der Mitte des 13. Jahrhunderts (um 1270) Hospitäler gegründet und aufs freigebigste ausgestattet hatte. In jedem Stadteil der Hauptstädte gab es mehrere. Wurden bei Tage Arbeitsfähige, Krüppel oder Kranke auf den Straßen gefunden, so wurden sie in ein solches Hospital gebracht. War der Kranke geheilt, so mußte er eine Arbeit annehmen, damit er der öffentlichen Fürsorge nicht zur Last falle.

Der Transport eines Dorfes. In Amerika ist es längst nichts Neues mehr, daß ein Haus an eine andere Stelle transportiert wird. Es handelt sich dabei nicht bloß um leichte Holzhäuser, sondern auch um schwere mehrstöckige Gebäude. Kürzlich hat man aber in Michigan das ganze Dorf Jennings 18 Kilometer weit transportiert. Es handelte sich um 100 Häuser, die von einem Sägewerk erbaut worden waren. Nachdem die Gegend abgeholzt war, mußte man entweder die Gebäude aufgeben oder sie abbrechen und anderswo wieder aufbauen oder sie als Ganzes weitertransportieren. Man entschied sich zu letzterem; da die Häuser aus Holz gebaut sind und auf Mauerwerk stehen, so wurden sie auf Gerüste mit Rädern gehoben und weiterbefördert. Allerdings mußte der Weg bis zu der neuen Dorflage zum Teil eingeebnet und verbreitert werden. Der Transport verlief aber gut.

Billige Lebensmittel **Tietz** Hermann

Kostenabgabe vorbehalten

FRISCHES FLEISCH

Rückenfett	Pfund	74 Pt.	
Schweinebauch ohne Beilage	Pfund	84 Pt.	
Schweineschulterblatt	Pfund	84 Pt.	
Schweineschinken auch gefüllt	Pfund	95 Pt.	
Kalbskamm	66 Pt.	Kalbsrücken	70 Pt.
Kalbskeulen	Pfund	82 Pt.	
Lammfleisch	Pfund	80 Pt.	
Lammrücken	Pfund	90 Pt.	
Rindertalg selbst ausgegl.	Pfund	60 Pt.	
Schweineköpfe gepökelt	Pfund	28 Pt.	
Pa. Ochsen-Gemüsefleisch gefroren	Pfund	50 Pt.	
Pa. fettes Schmorfleisch ohne Knochen gefroren	Pfund	80 Pt.	
Rinderbacken o. Knochen gefroren	Pfund	30 Pt.	
Rinderherzen gefroren	Pfund	30 Pt.	
Schweinenieren gefroren	Pfund	56 Pt.	

Räucherw. u. Fische

Schellfisch ger.	Pfd.	35 Pt.
Flundern ger.	Pfund	40 Pt.
Seelachs ger.	Pfund	45 Pt.
Ja Vollbücklg.	Pfund	45 Pt.
Bundaale	Bund	75 Pt.
Grüne Heringe	Pfd.	16 Pt.
Dorsch	Pfund	10 Pt.
Kablau o. K. l. g.	Pfd.	16 Pt.
Seelachs s. K. l. g.	Pfd.	15 Pt.
Zander gefroren	Pfd.	80 Pt.

Obst u. Gemüse

Zitronen grosse Dtsch.	40 Pt.
Blutorangen Dtsch. v.	45 Pt.
Junger Spinat s. Pfd.	18 Pt.
Rhabarber	Pfund 8 Pt.
Gurken Besck von	60 Pt. an
Salat	Kopf 10 Pt.
Möhren gewasch.	Pfd. 12 Pt.
Spargel	Pfund 25 Pt. an
Zwiebeln s. Pfd.	15 Pt.
Neue Kartoffeln	Pfd. 15 Pt.

Wurstwaren

Rot-u. Leberw.	Pfd.	55 Pt.
Speckwurst	Pfund	85 Pt.
Bauernmettw.	Pfd.	95 Pt.
Knoblauchw.	Pfund	100 Pt.
Mettwurst	Pfund	120 Pt.
Speck deutscher, fett und mager	Pfund	120 Pt.
ff. Leberwurst	Pfund	130 Pt.
Schinkenspeck	Pfd.	145 Pt.
Salami	Pfund	155 Pt.
Teewurst	Pfund	155 Pt.

Kolonialwaren

Weizenmehl 70% PM.	21 Pt.
Ausgangsmehl	24, 27, 30 Pt.
Haferflocken	Pfund 22 Pt.
Kartoffelmehl	PM. 24 Pt.
Viktoria-Erbse	PM. 20 Pt.
Weisse Bohnen	PM. 20 Pt.
Linson	Pfund 28 Pt.
Zapfenbirnen	Pfund 18 Pt.
Backobst	Pfund 38 Pt.
Kalif. Backobst	Pfd. 60 Pt.
Pflaumen	Pfund 42 Pt.
Weizengriess	Pfund 28 Pt.
Hartgriess	Pfund 26 Pt.
Bruchreis	Pfund 18 Pt.
Valencia-Reis	Pfund 30 Pt.
Java-Reis	Pfund 36 Pt.
Makkaroni	Pfund 40 Pt.
Hörnchen	Pfund 30 Pt.
Eier-Bandnudeln	PM. 40 Pt.
Kaffee frisch gebrannt	240 an

Käse

Stangenkäse schles.	Stück 8 Pt.
Camembert vomt.	Stück 20 Pt.
Romatour ca. 1/2 PM.	Stück 22 Pt.
Quadratkäse	Pfund 26 Pt.
Kümmelkäse schles.	PM. 35 Pt.
Allg. Stangenkäse	PM. 60 Pt.
Tilsiter	Pfund 60 Pt.
Edamer	Pfund 70 Pt.
Dän. Schweizer	Pfund 95 Pt.
Vollf. Tilsiter	Pfund 110 Pt.

Konserven

Weisskohl	1/2 Dose	30 Pt.
Rotkohl		45 Pt.
Jg. Kohlrabi in Scheiben		48 Pt.
Leipziger Allerlei		80 Pt.
Jg. Schnittbohnen		78 Pt.
Jg. Schnittbohnen I.		90 Pt.
Apfelmus tafelfertig	1/2 D.	35 Pt.
Birnen 1/2 Frucht		98 Pt.
Aprikosen kalifornische		150 Pt.
Mirab.-Pflaumen	1/2 D.	35 Pt.

Naturbutter

Suppenhühner	1/2 Pfund	80 Pt.
Vollmilch	4 Dosen	90 Pt.
Bohnen	Dose ca. 2 Pfd.	35 Pt.
Gabelbissen		22 Pt.
Leberpaste		22 Pt.
Pflaumen-Goldbräu		85 Pt.
Vierfrucht-Orang.-Konf.		85 Pt.
Johannisbeer-Gelen		58 Pt.
Orange-Konfitüre		58 Pt.

Weine, Spirituosen u. Erfrischungsgetränke

Die Weinpreise verstehen sich ohne, Spirituosen mit Steuer und Flasche

Mosel- und Rheinweine		Rot- und Dessertweine	
1923er Edenkoberer	1/2 Fl. 7,50 10 Fl. 7,00	1922er Moseltr. voller Botw.	1/2 Fl. 8,50 10 Fl. 8,00
1922er Moseltr.	1/2 Fl. 9,50 10 Fl. 9,00	1922er Bürkheimer Rotwein	1/2 Fl. 1,00 10 Fl. 9,50
1921er Edenkoberer	1/2 Fl. 1,40 10 Fl. 13,00	1922er Pommerol, Bordeaux	1/2 Fl. 1,60 10 Fl. 15,00
1922er Winger	1/2 Fl. 1,25 10 Fl. 11,50	1921er Chät. Fourcadet-Listres	1/2 Fl. 2,40 10 Fl. 22,50
1921er St. Martin	1/2 Fl. 1,75 10 Fl. 16,00	1921er Haut Sauternes	1/2 Fl. 2,50 10 Fl. 24,00
1922er Valvignat-Palmberg	1/2 Fl. 1,60 10 Fl. 15,00	Roter Tarragona	1/2 Fl. 1,25 10 Fl. 12,00
1921er Asteiller weisser Letten	1/2 Fl. 1,85 10 Fl. 17,50	Alter Malaga vollkass	1/2 Fl. 1,85 10 Fl. 17,50

Spirituosen

Weinbrand - Verschnitt		Weinbrand - Verschnitt		
1/2 Fl. 1,35 1/2 Fl. 2,50 5 Flaschen	12,00	1/2 Fl. 1,10 1/2 Fl. 2,75 5 Flaschen	13,00	
Ma. Gold-Weinbrand	Spezialfüllung, aus vorzüglichem allen franz. Weindestillaten hergestellt	Deutscher Weinbrand	Spezialfüllung, aus vorzüglichem allen franz. Weindestillaten hergestellt	
1/2 Fl. 3,30 5 Fl. 16,00		1/2 Fl. 2,00 1/2 Fl. 3,75 5 Flaschen	18,00	
Jamaica-Rum-Verschnitt	Vorzügliche Qualität 40%	1/2 Fl. 2,00 1/2 Fl. 3,75 5 Fl. 18,00		
1/2 Fl. 2,00 1/2 Fl. 3,75 5 Fl. 18,00		Cider - Apfelwein , süß, feurig	1/2 Fl. 3,80 5 Fl. 18,75	
		1/2 Flasche	95 Pt. 10 Flaschen	9,00

Frankfurter Hoffmann-Export-Apfelwein		Naturreiner Apfelsaft		Vorzüglicher frischer Maitrank	
1/2 Fl. 60 Pt. 55 Pt. 50 Pt.	bei 10 Fl. 25 Fl.	1/2 Fl. 75 Pt. 70 Pt. 65 Pt.	bei 10 Fl. 25 Fl.	aus Traubenwein, mit bester Raffinade hergestellt, einischl. Steuer und 1/2 Fl. 1,36	
ohne Steuer und Flasche		steuerfrei, Preise ohne Flasche			

Hertle-Gold		Granier		Bernard-Massard		Kloss und Förster		Vix Bara Carte D'or	
1/2 Fl. 150 10 Fl. 14,00	1/2 Fl. 175 10 Fl. 16,50	1/2 Fl. 400 5 Fl. 19,00	1/2 Fl. 500 10 Fl. 23,75	vorzügl. Trauben-schamwein		Traubenschamwein, bekannte Qualität		Traubenschamwein	
Sämtliche Schaumweine verstehen sich ohne Steuer, einischl. Flasche		Sämtliche Schaumweine verstehen sich ohne Steuer, einischl. Flasche		In Qualität mit bester Raffinade eingekocht		In Qualität mit bester Raffinade eingekocht		In Qualität mit bester Raffinade eingekocht	

Weine vom Fass

Weisswein	mittelvoller Rheingebirg, vorz. 90 Pt.	Roter Tarragona	voll. Qualität, Ltr. 1,00 Steuer
Rotwein	frisch, für Kochweine und als kleiner Tischwein geeignet, Ltr. 1,00 Steuer	Original-Insel Samos	sehr guter süßer Dessertwein, Ltr. 2,00 Steuer
1921er Haut Sauternes	reine u. süße, gut. Qual., Ltr. 2,50 Pt. 60 Pt.	Malaga	fettliches, dunkel, Ltr. 2,00 Steuer
Deutscher Weinbrand	unsere Spezialität, aus guten allen franz. Weindestillaten hergestellt, Ltr. 4,00 einischl. Steuer		

Prima Palmölseife ger. rein, Stück ca. 200 g, pro kg	28 Pt. 80 Pt.	Elain-u. Silberseife pro Pfd.	50 Pt. 10 Pfd.-Limer, 4,50	Salmak-Terpentinseife	1 Pfd.-Pkt. 18 Pt. 5 Pakete 85 Pt.	Kampfer echt japanischer	1/2 Pfund 150 1 Pfund 575
Kernseife ger. rein, Stück ca. 200 g, pro kg	85 Pt.	Schnitzel-Seifenpulver 1 Pfd.-Pkt.	25 Pt. 5 Pkt. 115	Feinsoda	3 Stück 2 Pfd.-Pakete 40 Pt.	Mottenfädeln	3 Stück 20 Pt.

Silberpfennig

Neubau fertig

Unser Pflingstverkauf hat nach Vollendung unseres Baues begonnen. — Riesenauswahl vom Einfachsten bis zum Elegantesten in Herren- u. Knaben-Damen- u. Mädchen-Garderobe

Alles, was Sie kaufen, erhalten Sie trotz unserer billigen Preise nach unserem bewährten System auf bequemste Teilzahlung!

Silberpfennig
Müllersstrasse 182-83
direkt am Weddingplatz, U-Bahn Delnickendorferstr.

Wegen Umstellung

zwecks (Einführung von Einheits-Preisen) haben wir unsere **sämtlichen Schuhwaren** im Preise teilweise bis zu **30%** herabgesetzt!

ROMEO SCHUH A.-G. Chausseestr. 22 Ecke Invalidenstr. Linkstraße 13

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonabend, den 16. Mai, abends 7 Uhr, im Lokal von Sachle, Eindecker Straße 26 (am Weddingplatz)
Branchenversammlung der Kesselschmiede und der dazu gehörenden Berufe.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Trotz Teilzahlung

bei geringster Anzahlung und bequemster Abzahlung

Herren-Anzüge prima Stoffe . . . 65 55 45 **38.-**

Herren-Mäntel in verschied. Ausf., eleg. F. 72, 68, 56 **42.-**

Damen-Mäntel und Kleider Frühjahrs-Neuheiten 70, 59, 36 **24.-**

Auch nach Maß
Bei Barzahlung 15 Proz. Rabatt
Gekaufte Ware wird sofort ausgebügelt!

Central-Garderobenhaus
nur Weinmeisterstr. 3, I.
an der Rosenthaler Straße

LJUEGENS
ALEXANDER PLATZ

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 L.

Küchen

Qualitäts-Möbel in größter Auswahl zu enorm billigen Preisen!

Küche Margarete, roh, mit Anrichte kompl. 65, email. 100 M.
Küche Maria, roh, m. Anrichte kompl. 70 M., emailiert 120 M.
Küche Gerty, roh, m. Anrichte kompl. 95 M., emailiert 140 M.
Küche Berlin m. Seitenspenden 195 cm br. kompl., email. 165 M.
Bauernküche Erika, roh, 33 M., emailiert 58 M.

Küchenmöbelfabrik Laserstein
Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstraße
zw. Moritz- und Oranienplatz
Tel. Moritzpl. 16930

Wöchentliche Teilzahlung!

Elegante Herrenbekleidung fertig und nach Maß zu soliden Preisen. Garantie für gutes Sitz und gute Verarbeitung

Kontroll-Maßanzüge von M. 90.— an.
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl. Spezial-Abt.: Anfertigung eleganter Damenmoden nach Maß.

Maßschneider **Julius Fabian**
Große Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage.

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewicht, billige Preise. Großer Lager

Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
100 Lahnstraße
Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billigere Preise

Dr. R. Friedeberg
(früher Berlin)
praktiziert wieder
Rad Rudowa.

Schleich's Seifenpulver Schaumfee

mit dem Gutschein

Für 6 Gutscheine erhalten Sie 1 Paket Schaumfee umsonst in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Chemische Fabrik Schleich, GmbH, Berlin, NW6

Seltene Kauf-Gelegenheit!

Echt Eiche Schlafzimmer

großer Ankleideschrank m. oval. Kristall-Facette-Spiegel, Betten mit Stahlböden, Dreilaufstegen, großer Waschtisch m. echtem Marmor, kompl.

620.- M.

über 100 Musterzimmer aller Holz- u. Stahlarb.

Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz
— Südosten —
Skallitzer Str. 25
Hochb. Kolth T.